

DEUTSCHLAND & EUROPA

aktuell



Die Europawahlen 2024

Informationen zur Wahl am 09. Juni 2024

EUROPAWAHL 2024: MEINE STIMME, MEINE ZUKUNFT

Vom 6. bis 9. Juni 2024 findet in den 27 Mitgliedstaaten der Union die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wie bei den letzten beiden Europawahlen wird es in Deutschland im Gegensatz zu manch anderen Mitgliedstaaten keine Sperrklausel geben, sodass auch wieder kleinere Parteien im Europaparlament vertreten sein werden (vgl. M3). Im Vergleich zur letzten Wahl vor fünf Jahren sind jedoch auch einige Änderungen von Interesse: In Deutschland sinkt das Wahlalter auf 16 Jahre, das Parlament wird 720 anstelle der bisherigen 705 Sitze haben, die Briten werden das erste Mal seit 1979 nicht mehr mitwählen und in Estland ist geplant, dass man seine Stimme mit dem Smartphone abgeben kann. Wirtschaft, Migration und Klima dürften wie in der letzten Legislaturperiode zentrale Themen bleiben. Prognosen sagen einen Zugewinn rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien voraus, die zum großen Teil ein „Europa der Vaterländer“ anstreben, was mehr oder weniger souveräne Nationalstaaten voraussetzt und eine Abkehr von der Europäischen Union, wie sie in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist, bedingen würde.

M1

The grid contains 10 news items:

- EU-Klimachef warnt: Europas Energiewende abhängig von China** (Energie & Umwelt, 14:09)
- SPD-Spitzenkandidatin entfacht Debatte über EU-Atomwaffen** (Europa Kompakt, 7:58)
- Klimaneutralität: EU-Kommission legt Ziele für 2040 vor** (Energie & Umwelt, 6. Feb. 2024)
- Biometrische Daten: Neuer EU-Migrationspakt lockert Schutz Minderjähriger** (12:25)
- Schweden: Rechte wollen EU-Mitgliedschaft aus Verfassung streichen** (Europa Kompakt, 8:08)
- Osteuropäische Landwirte planen gemeinsame Proteste gegen EU-Agrarpolitik** (Europa Kompakt, 8:12)
- EU-Kommission leitet erste Schritte für EU-Beitrittsverhandlungen mit Ukraine ein** (Außenpolitik, 18. Jan. 2024)
- EU-Parlament will unbezahlte Praktika verbieten** (15. Juni 2023)

Quelle: Screenshots von <https://www.euractiv.de/>

M2

JÜRGEN P. LANG: WAS SIE ZUR EUROPAWAHL 2024 WISSEN MÜSSEN, BR24 16.10.2023

Am 9. Juni 2024 bestimmen die Deutschen 96 Sitze des Europaparlaments. Diesmal können auch 16-Jährige wählen. Und es gibt – wohl zum letzten Mal – keine Prozenzhürde. Alles was Sie wissen müssen, haben wir hier zusammengestellt. [...]

Wie viele Sitze hat Deutschland?

Bei der Europawahl hat jedes Mitgliedsland eine feste Anzahl von Sitzen. Als bevölkerungsreichster Mitgliedsstaat entsendet Deutschland die meisten Abgeordneten ins Europaparlament, nämlich 96. Kleine EU-Mitglieder sind im Vergleich zu den großen überrepräsentiert. So vertritt ein/e deutsche/r Abgeordnete/r rund 850.000 Bürgerinnen und Bürger, in Malta sind es beispielsweise 65.000.

Welches Wahlsystem gilt in der EU?

In jedem Mitgliedstaat wird – so will es das EU-Recht – nach dem Prinzip der Verhältnis-

wahl gewählt, das heißt, das Stimmenverhältnis soll möglichst dem Sitzverhältnis entsprechen. Prozenzhürden (siehe unten) können jedoch schwächere Parteien ausschließen. Den einzelnen Ländern steht es frei, ob sie die Verhältniswahl mit übertragbaren Einzelstimmen oder – wie in Deutschland – mit Parteienlisten umsetzen.

Wie viele Stimmen habe ich?

Die Europawahl ist in Deutschland einfach. Jede/r Wahlberechtigte hat eine einzige Stimme, mit der er oder sie eine Parteienliste ankreuzt. Auf die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Listen-Kandidaten haben die Wähler und Wählerinnen keinen Einfluss. [...]

Gibt es 2024 eine Prozenzhürde?

Anders als bei den Abstimmungen zum Bundestag und zu den Landtagen gibt es nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsge-

richts bei der Europawahl erneut keine Prozenzhürde. Das hat zur Folge, dass auch Parteien, die bei nationalen Wahlen (meistens) ohne Chancen sind, Parlamentarier nach Straßburg schicken. [...]

Können auch 16-Jährige abstimmen?

Bei der Wahl des Europaparlaments dürfen in Deutschland [wie auch in einigen anderen Ländern, Anm. d. Red.] künftig auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Im November 2022 senkte der Bundestag das Mindestalter für die Teilnahme an der Europawahl, mit Stimmen von Ampel und Linken, von 18 auf 16 Jahre. Union und AfD votierten dagegen. Die Zahl der Wahlberechtigten steigt laut Koalition damit um knapp 2,3 Prozent. [...]

Ist die Europawahl eine Nebenwahl?

Der Einfluss des Europaparlaments ist nicht zu unterschätzen. Mit den Verträgen von

Maastricht 1992 und Lissabon 2007 bekam es immer mehr Befugnisse. Das Parlament ist neben dem Ministerrat gleichberechtigter Mitgesetzgeber – unter anderem in so wichtigen Bereichen wie dem Asylrecht, dem Verbraucher- und Umweltschutz sowie bei Fragen des Binnenmarkts.

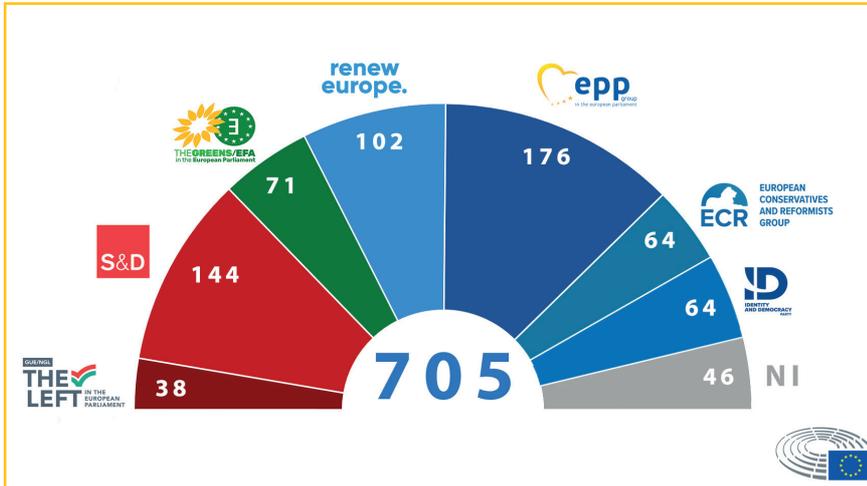
Welche Kompetenzen hat das Europaparlament?

Die Abgeordneten entscheiden gemeinsam mit dem Ministerrat über den Haushalt der EU. Das Parlament wählt den Präsidenten der EU-Kommission und kann den Rücktritt dieses

Gremiums per Misstrauensvotum erzwingen

© <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/was-sie-zur-europawahl-2024-wissen-muessen,Tsq96DC> (29.01.2024).

M3A SITZVERTEILUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT – WAHLEN 2019, NACH DEM BREXIT

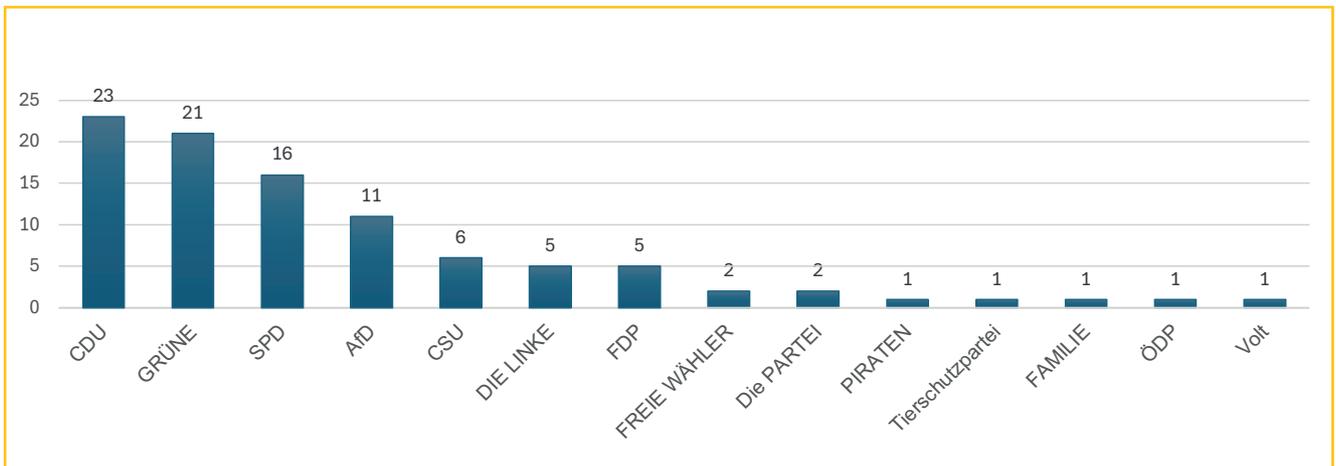


Quelle: <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20190612ST054311/die-sieben-fraktionen-des-europaischen-parlaments> [letzte Aktualisierung: 16.02.2023].

Hinweis: Näheres zu den Fraktionen findet man hier <https://www.europawahl-bw.de/fraktionen-eu-parlament> bzw. bei M 1 S. 10.



M3B SITZE DEUTSCHER PARTEIEN IM EUROPAPARLAMENT 2019



Quelle: <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html> (14.02.2024), eigene Darstellung.

AUFGABEN:

- 1) Nennen Sie ausgehend von M 1 Themen, die für Sie persönlich in Bezug auf die EU in Zukunft wichtig sein könnten.
- 2) Erstellen Sie anhand von M 2 eine Grafik, welche die Wahl zum Europaparlament erläutert.
- 3) Ordnen Sie die im Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, Die Grünen, FDP, AfD, Linke, Bündnis Sahra Wagenknecht) den jeweiligen Fraktionen im Europaparlament (M 3) zu.
- 4) Erstellen Sie ein Meme (z. B. mithilfe von <https://imgflip.com/memegenerator>), das sich auf die Bedeutung von Wahlen in einer Demokratie bezieht.



Hinweis: Eine kommentierte Liste mit interessanten Links zur EU und der Europawahl findet man hier: https://www.deutschlandundeuropa.de/aktuell_euwahl24/duelinkliste_euwahl2024.pdf



DIE ROLLE DES EP IM GEFÜGE DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN – WAS PASSIERT NACH DER WAHL?

Wer leidenschaftliche Debatten und knappe Abstimmungen erwartet, wird beim Besuch einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg enttäuscht werden. Das liegt zum einen daran, dass die Reden übersetzt werden müssen, was ihnen die Spontanität nimmt, zum anderen fehlt dem Europaparlament im Unterschied zu nationalen Parlamenten die Dynamik zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen. Politische Konflikte über die Entwicklung der Union spielen sich sichtbar eher zwischen den Institutionen – Kommission und EP oder Rat der EU – oder zwischen den Mitgliedstaaten ab und nicht so sehr entlang von parteipolitischen Grenzen. Dennoch darf nicht verkannt werden, dass die Rolle des Parlaments im Gefüge der europäischen Institutionen seit der ersten Wahl 1979 stetig gewachsen ist.

MI ALEXANDER LABODA: EUROPAWAHL – WAHLRECHT, KANDIDATEN, THEMEN, MDR AKTUELL 28.1.2024

Topthemen Wirtschaft, Klima und Migration

Zentrale politische Themen der EU in den vergangenen fünf Jahren waren der wirtschaftliche Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie, der Klimaschutz und die Migrationspolitik.

So beschloss die EU einen Aufbaufonds mit einem Volumen vom mehreren Hundert Milliarden Euro, um die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie wieder in Schwung zu bekommen. Der Fonds speist sich erstmals aus gemeinsamen Schulden der Mitgliedsstaaten und ist auf mehrere Jahre ausgelegt.

Beim Klimaschutz setzte sich die Union 2021 verbindlich das Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Zudem muss sie die CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent senken. Der sogenannte „Green Deal“ sieht ein großes Maßnahmenpaket vor. Unter anderem wurde das europäische Emissionshandelssystem erweitert. Heftig diskutiert wurde das sogenannte Verbrenner-Aus. Ab 2035 sollen in der EU keine Fahrzeuge mehr auf die Straße kommen, die mit Diesel oder Benzin laufen.

In der Migrationspolitik einigte sich die EU erst kurz vor Ende der Legislaturperiode nach vielen Jahren auf eine größere Reform des Asylsystems. Durch die Änderungen wird es erstmals möglich, die Verfahren von Asylsuchenden bereits an der EU-Außengrenze durchzuführen. Abgelehnte Asylbewerber sollen darüber hinaus in Drittstaaten abgeschoben werden können, die sie bei der Anreise durchquert haben, etwa Tunesien oder Albanien.

Diese Themen dürften auch im Mittelpunkt des Wahlkampfes bei der Europawahl 2024 stehen. Außenpolitisch stehen daneben sicherlich der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie der Krisenherd im Nahen Osten im Fokus.

EU-Wahlrechtsreform bleibt aus

Gemessen an der Diskussion über eine große Reform des EU-Wahlrechts sind die

Veränderungen sehr überschaubar. Noch im Mai 2022 hatte das Parlament selbst mehrheitlich für eine Entschließung gestimmt, die umfassende Änderungen des EU-Wahlrechts enthält. So sollten unter anderem der 9. Mai als europaweit einheitlicher Wahltag festgelegt, eine verbindliche Sperrklausel von 3,5 Prozent eingeführt und ein zusätzlicher europaweiter Wahlkreis geschaffen werden.

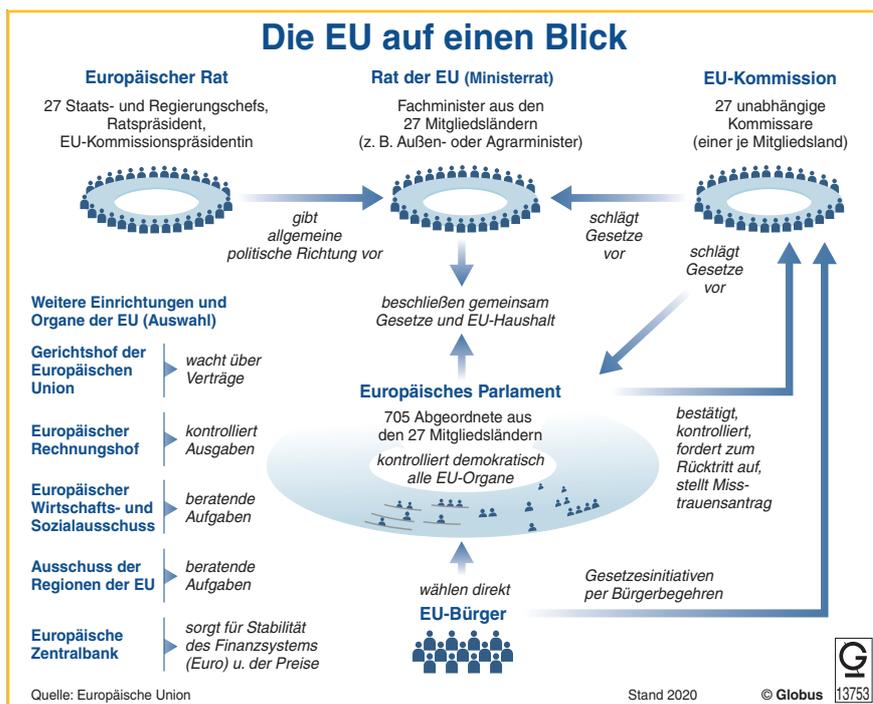
In diesem europäischen Wahlkreis hätten die Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten können, damit die Wahlberechtigten diesen Posten unmittelbarer bestimmen können. Immerhin war die plötzliche Nominierung Ursula von der Leyens als Kommissionspräsidentin durch den Europäischen Rat nach der Wahl 2019 stark kritisiert worden. Von der Leyen war zur

Wahl nicht einmal angetreten. An der Spitze der konservativen EVP kandidierte seinerzeit Manfred Weber (CSU).

Alle zentralen Reformvorschläge fanden bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten im Rat der Europäischen Union jedoch keine Mehrheit. Das sogenannte Spitzenkandidatenverfahren lehnte eine Mehrheit der Staaten etwa ab, weil es „die unparteiische Rolle der Kommission untergraben und Kandidaten aus den größeren Mitgliedsstaaten begünstigen würde“.

So bleibt es bei der Europawahl 2024 bei überwiegend nationalen Kandidatenlisten.

- Für die SPD geht Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europaparlaments, als Spitzenkandidatin ins Rennen.



Quelle: picture alliance/dpa/dpa-infografik GmbH | dpa-infografik GmbH

- Die CSU setzt auf EVP-Chef Manfred Weber als Spitzenkandidaten.
- Die Grünen haben die EU-Abgeordnete Terry Reintke auf Platz 1 ihrer Liste.
- Die FDP nominierte Agnes Strack-Zimmermann auf einem Parteitag für den ersten Listenplatz.
- Die AfD geht mit dem Sachsen Maximilian Krahn an der Spitze in den Wahlkampf.

- Bei den Linken will Parteichef Martin Schirdewan den Wahlkampf anführen. Auf der Liste steht auch die Flüchtlingsaktivistin Carola Rackete.
- Das Bündnis Sahra Wagenknecht ernannte den früheren Linken-Politiker Fabio De Masi und den ehemaligen SPD-Oberbürgermeister Düsseldorfs, Thomas Geisel, als Spitzenkandidaten.

© <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wahlen/europawahl/europawahl-wahlrecht-kandidaten-themen-100.html#sprung3> (15.02.2023).

Hinweis: Anders als die anderen Parteien stellt die Union Listen in den einzelnen Landesverbänden auf. Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg ist Andrea Wechsler.

M2 SVEN CHRISTIAN SCHULZ: URSULA VON DER LEYEN ALS EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN: GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN, REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND 13.02.2024

Am nächsten Montag [den 19.02.2024] will von der Leyen nach RND-Informationen bei einem Treffen der CDU in Berlin verkünden, dass sie für eine zweite Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission zur Verfügung steht. Anschließend soll die Partei die 65-Jährige als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP) nominieren. Dies ist zwingend notwendig, damit sie am 6. und 7. März auf einem Parteikongress der EVP in Bukarest offiziell zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt werden kann. Gegenkandidaten gibt es wohl nicht. [...]

[D]ie EVP [plant] längst, sie als Aushängeschild der Europäischen Union in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Mit einem bekannten Gesicht und dem Amtsbonus, so hofft man in der Partei, werden sich die Stimmenverluste schon in Grenzen halten.

Daran hat auch von der Leyen großes Interesse. Mit nur neun Stimmen Mehrheit wurde sie vor rund fünf Jahren vom EU-Parlament als erste Deutsche seit Jahrzehnten an die Spitze Europas gewählt. Nun sagen die Umfragen zur Europawahl einen Rechtsruck voraus, der zulasten der Parteien der Mitte gehen dürfte. Dennoch wird die EVP voraussichtlich stärkste Fraktion bleiben, sodass von der Leyen

gute Chancen auf eine zweite Amtszeit hat. Schwierig dürfte es aber werden, die Mehrheit dafür im Parlament zu organisieren.

Bei den Staats- und Regierungschefs, deren Stimmen sie ebenfalls benötigt, hat von der Leyen als Krisenmanagerin während der Corona-Pandemie einen guten Eindruck hinterlassen und die EU zwei Kriege später als geopolitischen Akteur neu ausgerichtet. Der Rückhalt in den europäischen Hauptstädten ist ihr sicher, auch weil mehr als ein Dutzend der Staatschefs der EVP-Parteifamilie angehören.

Als Kommissionspräsidentin hat die in Brüssel geborene „Europäerin von Geburt an“, wie sie sich selbst einmal bezeichnete, die Weichen der EU für die Zukunft gestellt: von der grünen Transformation bis zur Stärkung der europäischen Verteidigung. [...]

Bei der Europawahl wird von der Leyen allerdings nicht auf dem Wahlzettel auftauchen. Denn sie steht – wie schon bei der letzten Wahl – nicht auf der Landesliste der CDU Niedersachsen. Damals war ihre überraschende Nominierung zur Kommissionspräsidentin heftig kritisiert worden, weil sie nie offiziell als Kandidatin für das Amt gehandelt worden war, geschweige denn Wahlkampf

gemacht hatte. Stattdessen hatten sich EVP-Chef Manfred Weber und der Sozialdemokrat Frans Timmermans in TV-Duellen einen Schlagabtausch geliefert und auf Plakaten um Stimmen geworben.

Von der Leyen war erst nach der Wahl von den Staats- und Regierungschefs ins Spiel gebracht worden, als diese sich nicht auf Weber einigen konnten. Was ist das Votum der Bevölkerung wert, wenn am Ende jemand ganz anderes an der Spitze der EU steht, kritisierten viele die Entscheidung. In diesem Jahr dürfte die Wahl um den Chefposten anders verlaufen, wenn von der Leyen in wenigen Tagen ihre Kandidatur als europäische Spitzenkandidatin der EVP öffentlich macht. Die erste Frau an der Spitze der EU ist gekommen, um zu bleiben.

© <https://www.rnd.de/politik/ursula-von-der-leyen-europaeische-spitzenkandidatin-trotz-fehler-wahlzettel-praesenz-FWIFIRA6Y5HNNAKI6EWYJB5DGU.html> (15.02.2024).

Hinweis: Der CDU-Vorstand hat am 19.02. die amtierende EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert.

AUFGABEN:

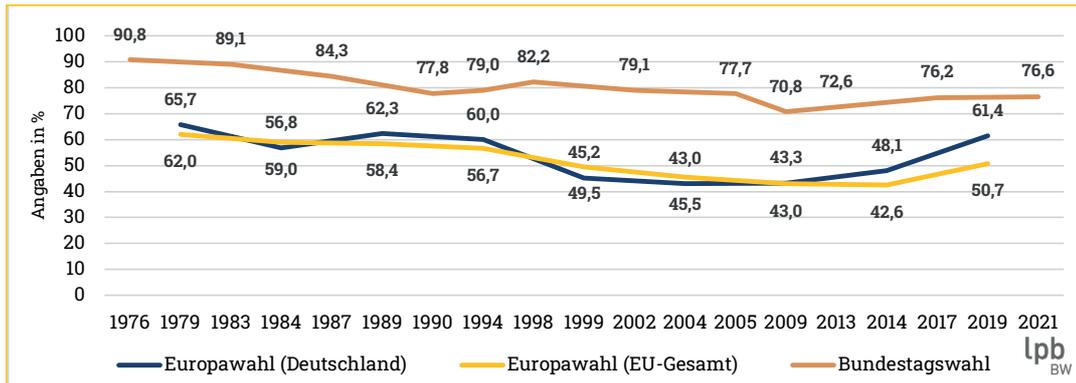
- 1) Stellen Sie die Organe der EU (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Ministerrat, EuGH) hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess dar.
- 2) Vergleichen Sie die Organe der EU mit den Verfassungsorganen Deutschlands im Hinblick auf ihre Legitimation.
- 3) M 1 nennt die Themen, die bei der Europawahl eine große Bedeutung haben könnten. Erläutern Sie, welche Themen Ihnen besonders wichtig sind.
- 4) Recherchieren Sie weitere aktuelle Themen und beurteilen Sie deren Rolle im Europawahlkampf (<https://www.euractiv.de/>, <https://www.eurotopics.net/de/3/debatten>).
- 5) Vergleichen Sie die Wahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin 2019 (M 2) mit einer möglichen Wahl in einem „europäischen Wahlkreis“ (vgl. M 1).
- 6) Erörtern Sie die mögliche Einführung eines europäischen Wahlkreises bei der Europawahl 2029.



SIND EUROPAWAHLEN NUR NEBENWAHLEN?

Bei den letzten Wahlen zum Europaparlament 2019 durften die meisten Jugendlichen in Europa noch nicht wählen, weil das aktive Wahlalter in den meisten Mitgliedstaaten bei 18 Jahren liegt. In Österreich oder Malta allerdings durfte man bereits mit 16 Jahren zur Wahl gehen. Die Wahlbeteiligung lag europaweit 2019 gerade einmal bei 50,6 %, in Deutschland immerhin bei 61,3 %, Spitzenreiter war Belgien mit 88,4 %, am geringsten war die Wahlbeteiligung in der Slowakei mit 22,7 %. Geht daraus hervor, dass es sich bei den Europawahlen – „zumindest in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger, der Parteien und der Medien“ um weniger wichtige Wahlen, so genannte „nationale Nebenwahlen“ handelt, bei denen weniger auf dem Spiel steht als bei nationalen Hauptwahlen? [vgl. den Beitrag von Braun/Tausendpfund in „Deutschland & Europa“ Heft 86]. Wird dabei vor allem mit der nationalen Regierung abgerechnet?

M1 ENTWICKLUNG DER WAHLBETEILIGUNG BEI EUROPA- UND BUNDESTAGSWAHLEN



Quellen: Europäisches Parlament (<https://europawahlergebnis.eu/wahlbeteiligung>) und Bundeswahlleiterin (<https://www.bundeswahlleiterin.de>), eigene Darstellung

M2 DEMOKRATIEDEFIZIT

Wenn von einem Demokratiedefizit in der EU die Rede ist, geht es zumeist um das Wahlsystem und die daran geknüpfte Kompetenzverteilung zwischen den gewählten bzw. nicht gewählten Institutionen. Konkret wird kritisiert, dass - es in der EU kein gleiches Stimmrecht gibt. So entsendet Deutschland die meisten Abgeordneten ins Europaparlament,

nämlich 96, ein Land wie Malta lediglich sechs. Dadurch vertritt ein deutscher Abgeordneter rund 850.000 Bürgerinnen und Bürger, während es bei einer Abgeordneten aus Malta lediglich 65.000 sind. - einige Politikbereiche ausschließliche Angelegenheit des Rates bleiben, d. h. das direkt demokratisch legitimierte

Parlament höchstens das Recht auf Anhörung hat. - dass die Politik der EU durch die Verträge v. a. wirtschaftspolitisch soweit festgelegt ist, dass ein politischer Richtungswechsel nur schwer durchzusetzen ist.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, bearbeitet

M3 EUROPAWAHLEN ALS NATIONALE NEBENWAHLEN?

Vor dem Hintergrund des [...] Nebenwahlcharakters der Europawahlen wird in der Forschungsliteratur häufig argumentiert, dass europapolitische Themen bei EP-Wahlen nur eine untergeordnete Rolle spielen. [...] Bereits bei der ersten Europawahl 1979 zeigte sich, dass die Wahlbeteiligung geringer ausfällt als bei nationalen Hauptwahlen, die Regierungsparteien Stimmen verlieren, Oppositionsparteien vergleichsweise gut abschneiden und kleinere Parteien bessere Ergebnisse erzielen. Diese

Beobachtungen haben Karlheinz Reif und Hermann Schmitt in der Theorie nationaler Nebenwahlen (second-order election) gebündelt (1980). Europawahlen sind nationale Nebenwahlen, weil es bei diesen Wahlen – zumindest in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger, der Parteien und der Medien – im Vergleich zu nationalen Hauptwahlen „um weniger“ gehe. Die Bürgerinnen und Bürger zeigen im Vergleich zur nationalen Politik ein geringeres Interesse und

schätzen die Europapolitik weniger wichtig ein als die Bundespolitik, die Parteien investieren weniger in den Wahlkampf und auch die Berichterstattung in den Medien fällt bei Europawahlen geringer aus als bei nationalen Hauptwahlen (Holtz-Bacha 2021).

Quelle: Daniela Braun, Markus Tausendpfund: Wie europäisch sind die Europawahlen?, in: LpB Baden-Württemberg (Hg.): Deutschland & Europa, Heft 86.

M4 WICHTIGER WIRD ES NICHT – DIE BEDEUTUNG DER EUROPAWAHL, T-ONLINE 20.05.2019

Ohne Großbritannien leben in der EU immer noch 446 Millionen Menschen in 27 Staaten,

die sich im Alltag in mehr als 30 Sprachen und Dialekten unterhalten, von Cabo da

Roca im Westen Portugals bis zum See Virmajärvi an der finnischen Grenze zu Russ-

land im Osten. Ende Mai wählen sie das Europaparlament. [...]

Das Europaparlament ist eine von drei zentralen Institutionen: zusammen mit der EU-Kommission (die als einzige Gesetze initiieren kann) und dem Ministerrat (oder Rat der Europäischen Union, in dem Minister aus den Mitgliedsstaaten zusammenkommen) ist es für die Gesetzgebung zuständig. Im Regelfall ist es mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber. Die Vorstellung, es sei machtlos, ist falsch.

Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Asyl, Verkehr, Landwirtschaft, Umwelt: Große Teile des Alltags in Deutschland wird von Regeln aus der EU beeinflusst. Und fast alle europäischen Richtlinien und Verordnungen, die den Alltag prägen, müssen vom Europaparlament beschlossen werden. Wichtiger wird es nicht. Das Parlament kann außerdem die EU-Kommission geschlossen absetzen und es kann den Haushalt ablehnen. Es hat nicht alle Rechte, die andere Parlamente haben, aber mittlerweile wirklich viele. Es kann nicht allein entscheiden, aber ohne das Parlament geht fast nichts in der EU.

Das Parlament wählt formal den Kommissionspräsidenten, der aber vorher von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten im so genannten Europäischen Rat vorgeschlagen wird. Aber wer dort vorgeschlagen wird, hängt mittlerweile direkt von der Europawahl ab. Der

Entscheidungsverfahren und der Einfluss des EPs

Mitentscheidung	Zustimmung	Konsultation
EP kann zustimmen, ablehnen oder Änderungen vornehmen	EP kann zustimmen oder ablehnen, aber keine Änderungen vorschlagen	EP kann zustimmen, ablehnen oder Änderungen vorschlagen
Rat und EP müssen sich einigen; EP hat Veto-Recht	EP hat lediglich Veto-Recht	Rat muss die Position des EPs nicht berücksichtigen
EP und Rat sind gleichberechtigt	Rat hat mehr Macht als das EP	Rat hat sehr viel mehr Macht als das EP
z.B. Agrarpolitik, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Energie, Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung, Europol, Jahreshaushalt	z.B. Beitritts- & Austritts-abkommen, Abschluss von Handelsverträgen, Europäische Staatsanwaltschaft, mehrjähriger Finanzrahmen	z.B. Wettbewerbsrecht, Steuerrecht, Währungspolitik, Familienrecht, Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden, Eigenmittel
ordentliches Gesetzgebungsverfahren	besondere Gesetzgebungsverfahren	

© <https://www.jef-hessen.de/eu-institutionen/europaeisches-parlament/> (08.02.2024).

Spitzenkandidat der stärksten Fraktion soll vorgeschlagen werden. [...] Brüssel wird oft als sehr weit weg beschrieben, als Blase, in der sich Politiker und Lobbyisten mit sich selbst beschäftigen. Das ist nicht ganz falsch – aber auch nicht ganz richtig. Die Abgeordneten werden über Listen gewählt, nicht direkt in Wahlkreisen, aber sie haben ein Büro in der Region, für die sie sich zuständig erklären. So sind Abgeordnete plötzlich ziemlich nah. In ihren Büros sind Mitarbeiter erreichbar, man kann

sich mit Anliegen an sie wenden wie an Bundestagsabgeordnete auch. Man kann Mail [sic!] schreiben oder anrufen und so Entscheidungsprozesse beeinflussen. Erfolgreiche Kampagnen rufen immer wieder genau dazu auf. [...]

Quelle: https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_85394716/europa-wahl-wichtiger-wird-es-nicht-die-bedeutung-der-wahl-in-drei-minuten.html, (08.11.2023).

AUFGABEN:

- Analysieren Sie anhand von M1 die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen im Vergleich zu den Bundestagswahlen.
- Immer wieder werden die Wahlen zum Europaparlament als „Nebenwahlen“ zu den nationalen Wahlen oder als „Wahlen zweiter Klasse“ bezeichnet. Erörtern Sie, ausgehend von den vorliegenden Materialien, inwieweit die Wahlen zum Europaparlament „Wahlen zweiter Klasse sind“.
- Bei den Wahlen 2024 dürfen in fünf Mitgliedstaaten bereits 16-Jährige wählen. Gestalten Sie ein digitales Plakat, einen Podcast, ein Erklärvideo (z. B. mit <https://simpleshow.com/de/>) oder einen Instagram-Post (z. B. mithilfe von <https://zeob.com/generate-instagram-post/>), um junge Wählerinnen und Wähler zu motivieren, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr zu beteiligen.





POLITISCH BILDET
Podcast der Landeszentrale für politische Bildung BW



#11: Europawahl 2024:
Sind die Wahlen europäisch genug?

Im Gespräch mit Prof. Dr. Daniela Braun,
Universität des Saarlandes



FAKE NEWS – WIRD DIE EUROPAWAHL VON AUSSEN BEEINFLUSST?

Die Europäische Union ist eine globale Wirtschaftsmacht und wichtiger Akteur der Weltpolitik. Die Stabilität und Handlungsfähigkeit der europäischen Politik und damit auch die internationale Bedeutung der EU hängen auch vom Ausgang der Parlamentswahlen ab. Deswegen steigt die Sorge, dass internationale staatliche Akteure versuchen könnten, Einfluss auf die Wahlentscheidung der EU-Bürgerinnen und Bürger zu nehmen. Insbesondere Versuche, die Gegner einer starken EU, meist Rechtspopulisten, Nationalisten und Rechtsextreme, zu stärken, bereitet vielen Verantwortlichen und Wissenschaftlern Sorgen.

M1 SO DESTABILISIERT MAN EINE DEMOKRATIE ...



© nelcartoons.de 04.05.2022

M2 FLORIAN PÜTZ: ANGST VOR MOSKAUS EINFLUSS - WARNUNG VOR RUSSISCHEN FAKE NEWS ZUR EUROPAWAHL, DER SPIEGEL 22.12.2023

Die [Europa-]Wahl fällt in eine Zeit, in der Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind, in der die AfD in Ostdeutschland stärkste Kraft werden könnte und in der rechtsnationale Politiker wie Ungarns Regierungschef Viktor Orbán die EU vor Zerreißproben stellen. Russland und China, so warnen Experten wie [Mattia] Caniglia [von der Denkfabrik Atlantic Council, Anm. d. Red.] könnten diese Lage ausnutzen, um die Europäische Union zu destabilisieren. Das Parlament selbst sprach bereits im Sommer eine Warnung aus. Im Vorfeld der Wahl seien eine vermehrte Einflussnahme aus dem Ausland, mehr Desinformation und zunehmende Angriffe auf die

Demokratie zu erwarten, hieß es in einem Bericht. [...] Das Parlament verlangte eine koordinierte Strategie gegen Desinformation. Davon aber ist bisher nicht viel zu sehen. Die EU-Kommission hat zwar in der vergangenen Woche ein Paket zur Verteidigung der Demokratie angenommen. »Wir sollten es Putin oder einem anderen Autokraten nicht ermöglichen, verdeckt in unsere demokratischen Prozesse einzugreifen«, sagte die tschechische Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová. Doch die Kommission spricht lediglich Empfehlungen an die Mitgliedstaaten aus: Sie sollen die Wahlverfahren sowie die Zivil-

gesellschaft stärken, Wahlbeobachter schulen und Projekte zur Medienkompetenz unterstützen. Verbindliche Vorschriften kann die Brüsseler Behörde den EU-Ländern nicht machen – denn diese sind selbst für die Integrität von Wahlen auf ihren Gebieten verantwortlich. [...] Zusätzlich gibt es das von der EU unterstützte European Digital Media Observatory (EDMO), in dem etwa Forscherinnen und Faktenprüfer Desinformationen im Netz untersuchen. Einmal im Monat veröffentlicht das EDMO einen Fact-Checking-Bericht. Ein Bericht pro Monat gegen Fake News, die sich binnen Stunden

rasend schnell verbreiten können – der Kampf scheint hoffnungslos.

Federica Marconi von der italienischen Denkfabrik Istituto Affari Internazionali hat Desinformationstrends in Deutschland, Bulgarien und Italien untersucht. Demnach wurden bei Desinformationskampagnen Fake News zu Themen wie Russlands Krieg gegen die Ukraine, Flüchtlingen oder der Energiekrise gestreut. Die Auswirkungen auf die kommenden EU-Wahlen könnten »erheblich« sein, da sie polarisierende Themen ansprechen, die die Stimmung der Wähler beeinflussen könnten, betont Marconi. »Desinformation hat auch das Potenzial, die öffentliche Unterstützung für die EU und die nationale Politik zu untergraben.« Ein Beispiel: Mitte Mai 2022 teilten deutschsprachige User auf Facebook, Twitter und Telegram die Behauptung, ukrainische Geflüchtete würden in Deutschland Rente erhalten, ohne jemals in das Rentensystem eingezahlt zu haben. Zehntausende Menschen sahen die Posts. Als Quelle wurde laut Nachrichtenagentur AFP eine angebliche E-Mail an Mitarbeitende der Jobcenter angeführt. Diese E-Mail hat es allerdings laut Bundesagentur für Arbeit nie gegeben. [...] In anderen Fällen imitierten gefälschte Websites die Angebote von etablierten Medien wie »FAZ«, »Tagesspiegel«, »Bild-Zeitung«, »T-Online« und auch des SPIEGEL, um russische Propaganda zu verbreiten. Die Fälschungen wirkten noch vergangenes Jahr plump, werden aber immer besser – womöglich auch dank künstlicher Intelligenz. Zur Europawahl könnten solche Fake News und Fälschungen häufiger auftauchen, befürchten die Experten.

Forscher Caniglia sieht das Vorgehen als einen »Krieg um Aufmerksamkeit«, in dem Tastaturen und Bildschirme ähnlich

gefährlich sein könnten wie Waffen. Russland etwa warte auf öffentliche Debatten zu polarisierenden Themen, um dann Fake News zu streuen. Die Bilder oder Links werden dann von Menschen weiterverbreitet, die diesen Fake News Glauben schenken. Bei politischen Debatten gerade im Wahlkampf müsse man also mit einer gewissen Vorsicht vorgehen, so Caniglia, um Russland möglichst wenig Chancen für erfolgreiche Fake-News-Kampagnen zu geben.

Rasmus Andresen, Delegationssprecher der deutschen Grünen im Europaparlament, sagte dem SPIEGEL, man müsse sich auf Desinformationskampagnen vorbereiten. »Aber falsche Rücksichtnahme wäre sehr gefährlich«, so Andresen. »Wir dürfen uns politisch nicht im vorseilenden Gehorsam Russlands Druck unterwerfen. Dann hat Putin gewonnen.« Auch Daniel Caspary, Chef der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, hält wenig davon, heikle Themen im Wahlkampf aus Angst vor russischen Fake News auszusparen. »Selbstverständlich müssen wir die Themen ansprechen, die den Menschen unter den Nägeln brennen«, sagt Caspary. Fake News, Lügen und Falschbehauptungen müsse man klar benennen. Medien, Journalisten sowie die Betreiber der großen Internetplattformen hätten eine besondere Verantwortung.

Ein weiteres Problem: Laut Caniglia werden Desinformationskampagnen teilweise auch von Cyberattacken begleitet, so wie es sie etwa 2015 im Deutschen Bundestag gab. Der deutsche Verfassungsschutz warnte schon zur Bundestagswahl 2021 in einem internen Papier vor sogenannten Hack- und Leak-Kampagnen. Dabei attackieren Angreifer Computernetzwerke, erbeuten womöglich diskreditierende Daten und veröffentlichen

diese dann zu einem für das Opfer ungünstigen Zeitpunkt. Einen solchen Fall hatte es 2016 etwa in den USA gegeben, als Hacker E-Mails von Hillary Clinton erbeuteten und diese anschließend im Netz auftauchten. Die Affäre hatte den Wahlkampf der demokratischen Präsidentschaftskandidatin hart getroffen. In Deutschland ist so ein Fall bislang nicht vorgekommen, die Angst ist aber immer noch da.

Claudia Plattner, Chefin des Cybersicherheitsamts BSI, sagt im SPIEGEL-Interview, die Bundesrepublik stehe im Netz dauerhaft unter Beschuss. »Aus Russland werden sehr viele Ransomware-Attacken gestartet, mit denen Unternehmen und Behörden zu Lösegeldzahlungen erpresst werden«, so Plattner. Unternehmen und Behörden müssten ihre IT-Infrastruktur in Ordnung bringen.

Die Experten bei der Diskussion im European Policy Center sind sich einig: Eine europäische Strategie gegen Fake News und Desinformation müsste her. Viele Länder sollten etwa von den baltischen Staaten, Schweden oder Spanien lernen. Dort gäbe es ein größeres Problembewusstsein, zivile Arbeitsgruppen würden gemeinsam mit der Wirtschaft gegen Fake News vorgehen. Medienkompetenz in Schulen zu vermitteln, sei sehr wichtig. [...]

© <https://www.spiegel.de/politik/europawahl-experten-warnen-vor-fake-news-aus-russland-a-ce49e18e-5b2c-4095-b7cc-0e03f691b888>

Hinweis: Den angesprochenen Fact-Checking-Bericht der European Digital Media Observatory (EDMO) kann man hier einsehen: <https://edmo.eu/fact-checking-briefs/> (30.01.2024).



AUFGABEN:

- 1) Analysieren Sie die Karikatur M 1.
- 2) Erläutern Sie anhand von M 2, welche Akteure mit welchen Zielen und Mitteln Einfluss auf die Europawahlen nehmen könnten.
- 3) Eine Empfehlung der Europäischen Kommission zum Schutz vor Fake News und Cyberattacken lautet, die Mitgliedstaaten sollen »Projekte zur Medienkompetenz« etablieren. Entwickeln Sie Ideen für solche Projekte für unterschiedliche Altersgruppen.
- 4) Sammeln Sie in der Klasse, wie Sie selbst mögliche Fake News überprüfen. Beurteilen Sie die verschiedenen Strategien.
- 5) Vergleichen Sie Ihre Strategien mit den 8 Tipps zum Erkennen von Fake News:

<https://www.lpb-bw.de/fake-news#c97000> (30.01.2024).

Zahlreiche Online-Angebote beschäftigen sich mit der Funktionsweise und dem Umgang mit Fake News. Arbeiten Sie arbeitsteilig in Gruppen und beurteilen Sie die folgenden Angebote in Hinblick auf Inhalt, grafische Darstellung und Unterhaltungswert:

Mach den digitalen Newstest! <https://www.der-newstest.de> (30.01.2024).

Fake it to make it <https://fakeittomakeit.de/> (30.01.2024).

Get bad news <https://www.getbadnews.de/#intro> (30.01.2024).

Es war einmal im Netz <https://escapegame.bitte-was.de/> (30.01.2024).

Wiebkes wirre Welt <https://wiebkes-wirre-welt.de/> (30.01.2024).

Hinweise:

1. Die Europäische Kommission hat ein Planspiel zum Umgang mit Fake News und Hate Speech entwickelt (Dauer ca. 270 Minuten), https://germany.representation.ec.europa.eu/m0-planspiel-zum-umgang-der-eu-mit-desinformation-und-hassrede_de (30.01.2024).
2. Die LpB Baden-Württemberg bietet einen offenen Moodle-Raum zum Thema »Mit Herz gegen hate speech!« an: <https://www.elearning-politik.net/moodle39/course/view.php?id=357>

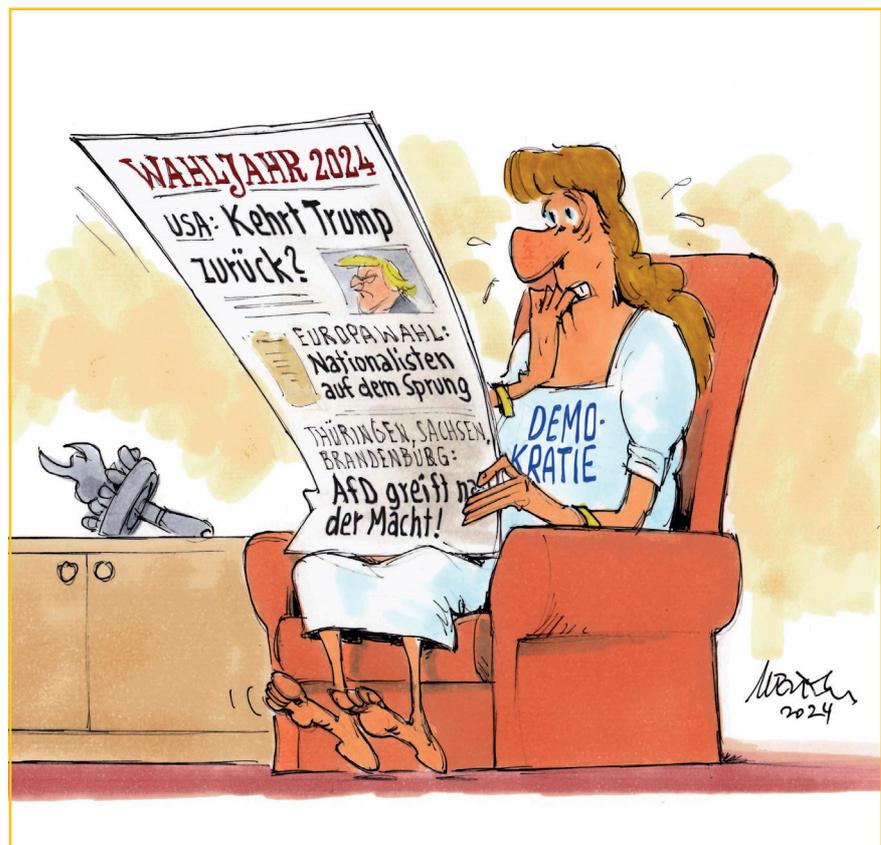


BEDROHT DER AUFSTIEG VON RECHTS-POPULISTEN UND RECHTSEXTREMEN DIE DEMOKRATIE IN DER EU?

Bei nationalen Wahlen ist seit gut 20 Jahren in vielen europäischen Staaten ein Erstarren der extremen Rechten und der Rechtspopulisten zu verzeichnen. Teilweise stellen oder stellten solche Parteien auch die Regierung wie in Polen, in Italien oder in Österreich. Eines der Feindbilder ist hierbei auch die Europäische Union und ihre Werte. Laut aktuellen Prognosen ist ein Stimmenzuwachs auch bei den Europawahlen 2024 zu erwarten. Welche Ursachen hat diese Entwicklung und was bedeutet dies für die Arbeit der Fraktionen im Europaparlament?

MI RECHTE PARTEIEN IM EUROPAPARLAMENT

Im Europäischen Parlament gibt es derzeit zwei Fraktionen des rechten Spektrums: die EKR-Fraktion und die ID-Fraktion. Die EKR (Europäische Konservative und Reformier) umfasst 66 Abgeordnete verschiedener rechtskonservativer, nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien aus 16 EU-Mitgliedstaaten. Stärkste Kraft in dieser Fraktion ist die ehemalige polnische Regierungspartei PiS mit 24 Abgeordneten. Der ID-Fraktion (Identität und Demokratie) gehören derzeit 62 rechtspopulistische und rechtsextreme Abgeordnete aus acht Mitgliedstaaten an. Die größte nationale Delegation innerhalb der Fraktion stellt die italienische Lega mit 25 Abgeordneten, gefolgt von 18 Abgeordneten des Rassemblement National von Marine Le Pen aus Frankreich. Auch die AfD gehört mit neun Abgeordneten der ID-Fraktion an. Nachdem im Januar ein Geheimtreffen vom November 2023 in einem Potsdamer Hotel bekannt wurde, bei dem Pläne zur Abschiebung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund geschmiedet worden sein sollen und an dem auch Mitglieder der AfD teilnahmen, distanzierte sich Marine Le Pen von der AfD. Auch die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni betonte unüberbrückbare Differenzen zwischen ihrer rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia und der AfD. Während sich die AfD in Deutschland eher weiter radikalisiert, vermeiden Le Pen und Meloni eher rechtsextreme Parolen und versuchen, bürgerliche Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Die Existenz zweier rechter Fraktionen im Europäischen Parlament lässt sich durch verschiedene inhaltliche Unterschiede erklären. So unterscheiden sie sich beispielsweise im Grad ihrer Radikalität. Die ID-Fraktion steht eher für einen Austritt aus der EU, während die EKR-Fraktion für einen Umbau der EU eintritt. Um gemäßigte Wähler nicht zu verschrecken, tritt die AfD für einen Umbau der EU ein. Sollte dieser Umbau - was absehbar ist - nicht gelingen, bleibt der Austritt das Ziel.



© Gerhard Mester 2024

Auch rassistische, homophobe, islamophobe und chauvinistische Äußerungen sind in der ID-Fraktion häufiger zu hören als in der rechtspopulistischen EKR-Fraktion. Des Weiteren unterscheiden sich die Positionen zu Russland und dessen Krieg gegen die Ukraine. Die AfD unterhält enge Beziehungen zu Wladimir Putin, ebenso die FPÖ und der Rassemblement National. Die PiS-Partei in der EKR-Fraktion gehört dagegen zu den schärfsten Kritikern einer Annäherung an Moskau. Unterschiede gibt es auch in der Migrationspolitik. Zwar wollen alle europäischen Rechtsaußenparteien weniger Zuwanderung nach Europa. Doch während die ita-

lienische Regierung die in ihrem Land ankommenden Migrantinnen und Migranten nach einem festen Schlüssel auf den Rest Europas verteilen will, lehnen die ungarische Regierungspartei Fidesz und die polnische PiS dagegen die Aufnahme ab. Prognosen zufolge werden die beiden Rechtsparteien bei den kommenden Europawahlen Sitze hinzugewinnen. Sowohl die EKR als auch die ID könnten jeweils zwischen 80 und 90 Sitze erreichen. Zusammen könnten die beiden rechten Fraktionen also rund 180 der insgesamt 705 Sitze im Europaparlament erringen.

Quelle: Text der Redaktion

M2 MAXI BEIGANG, ANDREA DERNBACH: WARUM SIND RECHTE PARTEIEN SO ERFOLGREICH?, TAGESSPIEGEL 06.07.2023

Seit mindestens zwei Jahrzehnten wachsen rechte Parteien in den westlichen Demokratien und regieren inzwischen in immer mehr Ländern auch der Europäischen Union. Wie konnte rechtsextremes Denken und Handeln gerade hier wieder populär werden, auf einem Kontinent, der Faschismus und Nationalsozialismus hervorbrachte und der von beiden vor mehr als 80 Jahren zerstört wurde? Wir haben [...] Forscherinnen und [...] Forscher [...] befragt. [...]

Christer Mattsson (Universität Göteborg): Der neue Nationalismus kämpft nicht mehr gegen-, sondern miteinander

Noch vor 30 Jahren brauchte man rechtsextreme Bewegungen, um rechtsextreme Botschaften zu verbreiten. Heute ist die Botschaft schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Anders als früher kämpfen die neuen Nationalisten nicht mehr gegeneinander, sondern international für die Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft.

Egal, ob ich Neonazis in Schweden oder Rechtsextreme in den USA befrage oder die sozialen Medien in Deutschland ver-

folge, immer stoße ich auf eine Botschaft: die rechtsextreme Doxa, ihre Denk- und Wertegemeinschaft.

Sie betont, dass das christliche Abendland bewusst durch eine geheime Gruppe eines „tiefen Staates“ in multikulturelle Gesellschaften aufgelöst werde, die den Westen in volksfeindliche Richtungen lenke.

Zugleich wird der Feminismus als Ursache für die Schwächung des weißen Mannes gesehen. Traditioneller Antisemitismus verwandelt sich in antisemitische Verschwörungstheorien, in denen über versteckte Machthaber und „Globalisten“ gesprochen wird, implizit aber Juden meint. Dieser neue Antisemitismus verfängt, weil Juden nicht explizit als Schuldige genannt werden. [...]

All diese Ideen überschreiten nationale Grenzen und werden von Politikern gern aufgegriffen. [...]

Daphne Halikiopoulou (University of York): Rechte reagieren scheinbar auf die Bedürfnisse prekär lebender Menschen

Der Erfolg rechtsextremer Parteien hängt von ihrer Fähigkeit ab, eine Interessen-

koalition zwischen ihrer Kernwählerschaft – Wählern mit kulturellen Anliegen – und der oft größeren Gruppe von Wählern mit wirtschaftlichen Anliegen zu mobilisieren.

Dies liegt auch daran, dass der gegenwärtige Hype um „neue“ Themen wie Einwanderung die Bedeutung wirtschaftlicher Themen für Wähler vernachlässigt. Indem sie Migration aber zum Sündenbock machen, mobilisieren rechte Parteien wirtschaftlich schlecht gestellte Wähler. Gleichzeitig prangern sie nicht nur den Verfall kultureller Normen an, sondern auch die scheinbar durch Zuwanderung verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsknappheit, Kriminalität und Terrorismus. Diese neue wohlfahrtsstaatliche Orientierung macht sie glaubwürdig, wenn es darum geht, der wirtschaftlichen Not vieler Menschen politisch zu begegnen. [...]

© <https://www.tagesspiegel.de/internationales/rechtsruck-in-europa-warum-sind-rechte-parteien-so-erfolgreich-9617606.html> (06.02.2024).

M3 SIMON GROSS, ROLAND PREUSS: WIRTSCHAFTSPOLITIK DER AFD – DER PREIS DER ABSCHOTTUNG, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 28.01.2024

Die Afd [...] verlangt den Abschied vom Euro und die Rückkehr zu nationalen Währungen, zudem soll die EU zurückgebaut werden zu einem Bund souveräner Staaten. Wenn die EU-Partner nicht mitziehen wollen – und das ist absehbar –, droht die Partei mit einem EU-Austritt, dem sogenannten Dexit. Afd-Chefin Weidel warf hierfür gerade ein Referendum nach britischem Vorbild in die Debatte. Sollte dieses Dexit-Szenario Wirklichkeit werden, so hätte es enorme wirtschaftliche Folgen – und zwar im Negativen. Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), sagt: „Deutschland würde sicher stärker unter einem EU-Austritt leiden als

Großbritannien.“ Eine britische Studie, die vor zwei Wochen vorgestellt wurde, war zu dem Ergebnis gekommen, dass der Brexit die Wirtschaftsleistung der Briten bisher um sechs Prozent geschmälert habe, was jährlich 163 Milliarden Euro entspreche. Wenn man die britischen Erfahrungen zugrunde lege, würde die deutsche Wirtschaft durch einen Dexit innerhalb weniger Jahre um geschätzte sechs Prozent weniger wachsen, in zehn bis 15 Jahren würde das Minus etwa zehn Prozent betragen, rechnet Hüther vor. „Wir sprechen von 400 bis 500 Milliarden Euro Verlust. Das wären entgangene Gewinne an Wohlstand von Tausenden Euro pro Kopf.“ Keine andere Nation habe durch den EU-

Binnenmarkt so stark im Export gewonnen wie Deutschland, so Hüther. Die Bundesrepublik müsste nach einem EU-Austritt mit deutlich schlechteren Handelsbedingungen zurechtkommen als bisher. Die Währungsunion habe zudem das Wechselkursrisiko beseitigt, das sehr belastend gewesen sei, sagt Hüther. „Wenn wir von einem Wachstumsverlust in Deutschland von fünf Prozent ausgehen, so wären dies 2,2 Millionen Arbeitsplätze weniger.“

© <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/afd-wirtschaftspolitik-sozialpolitik-oekonomen-einschaetzung-e224429/> (06.02.2024).

AUFGABEN:

- 1) Analysieren Sie die aktuellen Wahlprognosen zur Europawahl:
<https://www.europawahl-bw.de/wahlprognosen-europawahl#c102804>
- 2) Analysieren Sie, auch mit Hilfe von M 1 sowie Aufgabe 1, die Karikatur.
- 3) Erklären Sie, weswegen rechtspopulistische Parteien in den letzten Jahrzehnten so erfolgreich sind (M 2).
- 4) Erläutern Sie Folgen, die ein Austritt Deutschlands aus der EU hätte (M 3).
- 5) Überprüfen Sie anhand der Materialien die Behauptung, ein prognostiziertes Erstarken der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bei der Europawahl gefährde die Demokratie.



DER GREEN DEAL – EINE GRÜNE VISION FÜR EUROPA?

2022 lag die Durchschnittstemperatur in Europa 2,2°C über dem vorindustriellen Niveau. Nur die Antarktis mit 3°C erwärmt sich noch schneller als der europäische Kontinent. Damit erwärmt sich Europa doppelt so schnell wie andere Kontinente. Die Folge davon sind Dürreperioden, Trinkwasserknappheit, Hitzewellen, aber auch Überflutungen durch Starkregenereignisse. Bereits im Dezember 2019 hat deswegen die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen den European Green Deal vorgestellt. Ziel ist es, dass Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent wird.

M1

SVEN CHRISTIAN SCHULZ: EUROPAS GROSSES KLIMAPAKET. WIE GRÜN IST DIE EU NACH VIER JAHREN GREEN DEAL?, RND REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND 09.01.2024

Gerade einmal elf Tage im Amt stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre weitreichenden Pläne zum Klima- und Umweltschutz vor. Es war die Geburtsstunde des sogenannten Green Deals und dem großen und rechtlich bindenden Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Luft soll sauberer, die Artenvielfalt bewahrt und die Industrie klimafreundlicher werden – ganz ohne Menschen mit geringem Einkommen spürbar zu belasten. Eine Pandemie und einen Krieg in Europa später stellt sich nun, wenige Monate vor dem Ende der ersten Amtszeit von der Leyen, die Frage: Was ist seit den vielen Ankündigungen tatsächlich passiert? Eine Bestandsaufnahme.

„Die Bilanz des Umwelt- und Klimaschutzprogramms der EU-Kommission fällt nicht schlecht aus“, sagt Claudia Detsch, Direktorin des Klima-Kompetenzzentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Das Glas sei halb voll. Die EU-Kommission habe viele ehrgeizige Projekte auf den Weg gebracht, doch die Anstrengungen reichten noch nicht zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. „Gerade in den letzten Wochen sind einige Projekte hinter den Ambitionen zurückgeblieben, unter anderem im besonders umstrittenen Bereich der Landwirtschaft“, sagt Detsch im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Beispielsweise scheiterte ein Gesetz zur Reduzierung von Pestiziden in der Landwirtschaft im Parlament. „Wir beobachten, dass sich konservative Parteien in letzter Zeit häufiger auf die Seite derer schlagen, die bei den Umwelt- und Klimamaßnahmen auf die Bremse treten wollen“, so Detsch.

Der Zeitpunkt kommt nicht von ungefähr. Im Juni findet die Europawahl statt und Umfragen zufolge könnten deutlich mehr konservative und rechtspopulistische Politiker ins Parlament gewählt werden. Politiker, die den Klimawandel leugnen oder zumindest keine Notwendigkeit für mehr Nachhaltigkeit sehen. Ein solcher Wahl-

ausgang hätte daher einen großen Einfluss auf die weitere Klimapolitik. Deshalb versuchen Kommission und Parlament unter Hochdruck, vor der Wahl die wichtigsten Weichen für eine nachhaltige Klimapolitik zu stellen. [...]

Ob rechte Politiker von der Debatte um schärferen Klimaschutzmaßnahmen profitieren können, dürfte entscheidend davon abhängen, wie gut es den Regierungschefs gelingt, den Menschen die Angst vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu nehmen, so Detsch. „Ist sie nicht sozi-

Bei den Grünen im EU-Parlament ist die Unzufriedenheit beim Stand des Green Deals groß. Es gebe zwar gute Fortschritte in der Klima- und Energiegesetzgebung, doch etwa beim Kampf gegen das Artensterben und die Umweltverschmutzung „bleibt die Umsetzung des Green Deals hinter den Ankündigungen zurück“, sagt die Abgeordnete Jutta Paulus (Grüne/EFA) dem RND. [...] Der Biodiversitätsverlust in Europa sei dramatisch, jede fünfte Art stehe auf der Roten Liste. Paulus kritisiert scharf, dass trotzdem Gesetze nur stark abge-

schwächt durchs Parlament gehen oder ganz scheitern. [...] Einer der wichtigsten Bausteine ist der Umbau der Industrie. Sie soll eigentlich eine Führungsrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität einnehmen. Tatsächlich wurden die Vorgaben für die Industrie aber „erheblich abgeschwächt“, so Paulus, besonders im Agrarbereich. [...] Immer häufiger heißt es in Brüssel, man müsse beim Klimaschutz jetzt mal eine Pause einlegen, um die Industrie nicht zu gefährden. Grünen-Politikerin Paulus hält von diesem Argument nichts. „Als ob die Vergiftung unserer Lebensgrundlagen nicht genau-

so bedrohlich wäre wie der Verlust der Ökosysteme, die uns Trinkwasser und saubere Luft liefern, oder die drastischen Klimaveränderungen, die unsere Zivilisation gefährden“, sagt sie. Klimaexpertin Detsch hält eine Pause beim Klimaschutz sogar für fatal. Sie weist darauf, dass Europas größte Konkurrenten China und die USA sogar massiv in den Aufbau sauberer Technologiezweige investieren. „Wollen wir wettbewerbsfähig bleiben, müssen auch wir hier engagierter vorangehen“, sagt sie. [...] Schließlich hingen Jobs und Einkommen und letztlich auch Europas Wohlstand daran.

© <https://www.rnd.de/politik/klimapakets-der-eu-wie-gruen-ist-europa-nach-vier-jahren-green-deal-O1MHMI7XSN-D-Y5LM6BB2SHBBZ5Y.html> (09.02.2024).



© picture alliance / dieKLEINERT | Markus Grolnik vom 17.11.2023

al ausgestaltet, kann einem die Klimapolitik schnell um die Ohren fliegen, das hat man auch in Brüssel verstanden.“

Ein weiteres Problem: Nach vielen Klimaschutzankündigungen geht es jetzt an die Umsetzung, und dies bringt viele Herausforderungen mit sich – allen voran die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung. „Die Menschen spüren die ohnehin schon stark gestiegenen Preise beim Einkaufen, Wohnen und im Urlaub und fürchten nun höhere Kosten durch Klimaschutzmaßnahmen“, sagt die Expertin. Je schneller diese Maßnahmen vorangetrieben werden, desto größer seien entsprechende Ängste in der Bevölkerung. „Die Mehrheit wünscht sich zwar eine ambitionierte Klimapolitik der EU“, sagt Detsch. Doch die Sorge sei groß, dass es nicht gerecht zugehen könnte und der eigene Lebensstandard sinke.

Mit dem Europäischen Green Deal wollen die 27 EU-Mitgliedstaaten bis 2050 klimaneutral werden. In einem ersten Schritt sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 sinken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft in vielen Bereichen neu ausgerichtet werden.

Der Treibhausgasausstoß der EU belief sich 2021 auf rund 3,5 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente. Damit lagen die Emissionen 28 % niedriger als 1990. Vor allem die Staaten Mittel- und Osteuropas verzeichneten in den letzten drei Jahrzehnten deutliche Einsparungen. Diese lassen sich zum Teil auf den deutlichen Industrieabbau zu Beginn der 1990er Jahre zurückführen.

Rund drei Viertel der EU-weiten Treibhausgasemissionen entfallen auf den Bereich **Energie** (für Industrie, Verkehr, Haushalte u.a.). Die 2021 ausgestoßene Menge entsprach rund 2,7 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente. Um die Klimaziele bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, will die EU-Kommission das

Energiesystem der EU dekarbonisieren. Dafür soll der Anteil erneuerbarer Energien gesteigert und die Energieeffizienz erhöht werden. Ein Umstieg auf erneuerbare Energiequellen mindert den Ressourcenverbrauch, reduziert Energieimporte, verringert energetisch bedingte Emissionen und fördert die Versorgungssicherheit sowie technische Innovationen. Die EU-Kommission möchte den Anteil erneuerbarer Energien in der EU deshalb bis 2030 auf 40 % anheben.

Der **Straßenverkehr** verursacht rund ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen der EU. 2021 lag der Ausstoß bei 748 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Gegenüber 1990 entsprach das einem Zuwachs um 21 %. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, müssen deshalb auch die Voraussetzungen für eine emissionsfreie bzw. emissionsarme Mobilität geschaffen werden. [...] 2021 stießen neue Pkw in der EU rund ein Fünftel weniger CO₂ als noch vor zehn Jahren aus. Bis 2035 sollen die CO₂-Emissionen von neuen Pkw und Kleintransportern auf Null sinken.

Um natürliche Ressourcen zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten, will die EU-Kommission die ökologische **Landwirtschaft** verstärkt fördern. Bis 2030 sollen 25 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Bisher ist die EU von diesem Ziel weit entfernt. 2020 betrug der Anteil des ökologischen Landbaus lediglich 9,1 % an der landwirtschaftlich genutzten Fläche – bei stetigem, aber langsamen Wachstum.

Pestizide wirken nicht nur auf dem Acker, sondern beeinflussen auch das umgebene Ökosystem. Sie tragen zum Rückgang der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen bei, kontaminieren Boden, Luft und Wasser und bergen somit auch gesundheitliche Gefahren für den Menschen. Die EU will deshalb den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Rahmen des Green Deal bis 2030 halbieren.

© <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/GreenDeal/GreenDeal.html#798692> (09.02.2024)

M3 **AMY WALKER: TROTZ FEHLENDER MEHRHEIT: EU VERLÄNGERT GLYPHOSAT-ZULASSUNG IM ALLEINGANG, FRANKFURTER RUNDSCHAU 17.11.2023**

Schon wieder konnte sich die EU nicht auf eine Neuzulassung für den Unkrautvernichter Glyphosat einigen. Bei einer Abstimmung im Berufungsausschuss am Donnerstagmorgen konnte keine qualifizierte Mehrheit für den Vorschlag der Kommission gefunden werden. Doch die EU-Kommission hat entschieden, die Zulassung für zehn weitere Jahre trotzdem zu verlängern. [...]

Eine qualifizierte Mehrheit ist dann erreicht, wenn so viele Mitgliedsstaaten dafür stimmen, dass mehr als 65 Prozent der EU-Bevölkerung damit repräsentiert ist. Wie auch schon bei der ersten Abstimmung im Oktober enthielt sich Deutschland. [...] Nach geltendem EU-Recht darf die Kommission bei fehlender qualifizierter Mehrheit im Alleingang entscheiden. [...]

„Der EU-Kommission fehlt somit das eindeutige politische Mandat, das Ackergift

weiterhin zuzulassen. Wir erwarten, dass die Kommission dem Rechnung trägt, indem sie die Genehmigung von Glyphosat nun auslaufen lässt [...]“, sagte Christine Vogt, Referentin für Landwirtschaft am Umweltinstitut in München einer Mitteilung zufolge. [...]

Streit gibt es unter anderem darüber, ob Glyphosat krebserregend sein könnte. Zudem stehen Gefahren für die Umwelt im Raum. Eine aufwendige Untersuchung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) hatte jüngst keine inakzeptablen Gefahren gesehen, aber auf Datenlücken in mehreren Bereichen hingewiesen. [...]

Glyphosat wird auch als Totalherbizid bezeichnet, es lässt Pflanzen absterben. Wo Glyphosat versprüht wird, wächst kein Gras, Strauch oder Moos mehr. Das Mittel wird vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt, um ein Feld frei von

Unkraut zu halten, bevor Nutzpflanzen ausgesät werden.

Entwickelt und verkauft wird Glyphosat – das meistverkaufte Herbizid der Welt – unter anderem vom deutschen Konzern Bayer. Würde der Verkauf in der EU nicht mehr möglich sein, wäre das ein herber Schlag für das Unternehmen. [...]

Mehrere Mitgliedsstaaten haben eigentlich die Absicht, Glyphosat zu verbieten. Auch Deutschland hat laut Koalitionsvertrag vereinbart, Glyphosat nicht mehr weiter zuzulassen. Doch ein Gericht in Luxemburg hat im Frühjahr entschieden, dass die Mitgliedsländer keine eigenständigen Verbote verhängen können, solange der Stoff auf EU-Ebene zugelassen ist.

© <https://www.fr.de/wirtschaft/glyphosat-zulassung-scheitert-erneut-bayer-plant-ein-neues-totalherbizid-eu-deutschland-ampel-zr-92677365.html> (09.02.2024)

AUFGABEN:

- 1) Erläutern Sie die Ziele des Green Deal (M 1).
- 2) Überprüfen Sie anhand von M 1 und <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/egd-statistics/>, inwieweit die Ziele des Green Deal bisher erreicht wurden. Beachten Sie dabei den Einfluss, den die ökonomischen Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hatten.
- 3) „Immer häufiger heißt es in Brüssel, man müsse beim Klimaschutz jetzt mal eine Pause einlegen, um die Industrie nicht zu gefährden.“ Erörtern Sie diese Position ausgehend von M 1.
- 4) Beurteilen Sie anhand von M 2 und <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/GreenDeal/GreenDeal.html#798692>, den Stand der Maßnahmen in Deutschland, Frankreich, Schweden und Italien.
- 5) Bewerten Sie anhand von M 3 und der Karikatur die Entscheidung der EU-Kommission, die Zulassung für das Herbizid Glyphosat zu verlängern.



EU-BEITRITT DER UKRAINE – EINE ÜBERFORDERUNG BEIDER PARTNER?

Mitte Dezember 2023 hat der Rat der EU formelle Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine sowie mit Moldau beschlossen. Das ist insofern bemerkenswert, da die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 durch den Überfall Russlands Kriegspartei ist. Beitrittsverhandlungen sind jedoch noch keine sichere Eintrittskarte in die Europäische Union und ziehen sich in der Regel über viele Jahre hin. Beide Seiten müssen dabei Anpassungen vornehmen. Die Ukraine muss die Beitrittskriterien, die sogenannten Kopenhagener Kriterien, erfüllen, die EU muss sich auf die Integration eines relativ großen, neuen Partners mit eigenen Interessen einstellen.

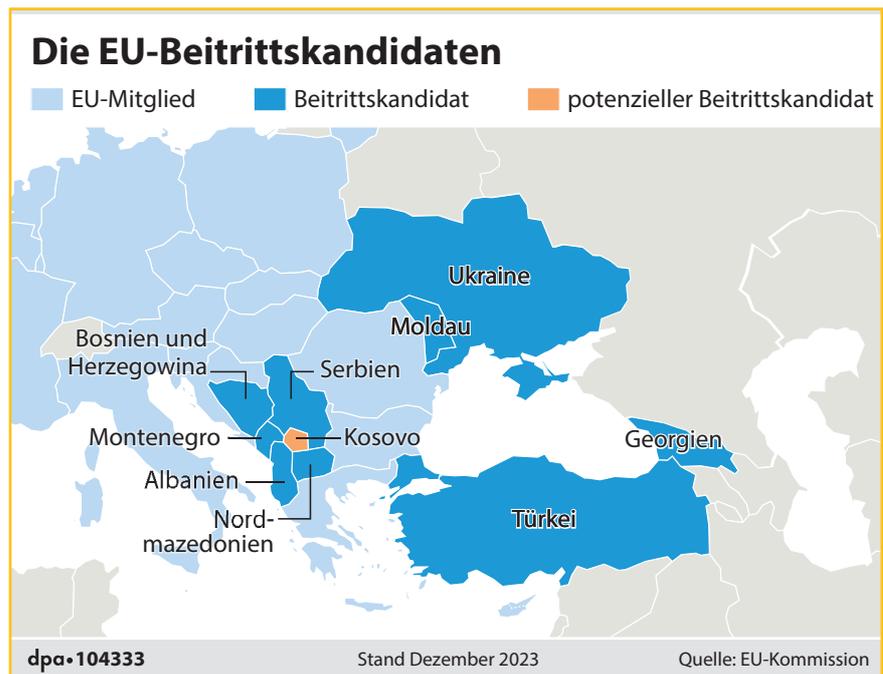
MI EU BESCHLIESST START VON BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT UKRAINE, WIRTSCHAFTSWOCHE 14.12.2023

Die Europäische Union hat nach Angaben von EU-Ratspräsident Charles Michel entschieden, EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und mit Moldau zu beginnen. Zudem soll Georgien den Status eines EU-Beitrittskandidaten bekommen, wie Michel am Donnerstagabend in Brüssel mitteilte. Damit hat die EU überraschend den Weg frei gemacht. Denn zuvor hatte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban wiederholt seinen Widerstand angekündigt.

Nach Angaben aus EU-Kreisen wurde die Entscheidung getroffen, als der ungarische Ministerpräsident nicht im Raum war. Der Europäische Rat sei aber dennoch beschlussfähig gewesen: Der nationalkonservative Politiker hatte nach Angaben mehrerer EU-Diplomaten zuvor ausdrücklich sein Einverständnis gegeben, dass in seiner Abwesenheit über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen abgestimmt wird. Nach der Geschäftsordnung des Rates zählen Enthaltungen bei der Abstimmung nicht mit, weshalb die nötige Einstimmigkeit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustande kam.

Orban hatte sich zuvor mehrfach deutlich gegen die Entscheidung für den Start von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine ausgesprochen. Er begründete dies mit Reformauflagen, die die Ukraine noch nicht erfüllt hat. [...]

Bundeskanzler Olaf Scholz und zahlreiche andere der 27 EU-Staats- und Regierungschefs hatten Orban zuvor für seinen Widerstand kritisiert und betont, man dürfe kein falsches Signal an Russland senden. [...] Befürworter einer positiven Entscheidung verwiesen beim EU-Gipfel am Don-



© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

nerstag darauf, dass der Start von EU-Beitrittsverhandlungen vor allem ein symbolischer Schritt sein soll. „Es wird ohnehin viele Jahre dauern, bis der Beitritt stattfinden wird“, sagte beispielsweise der scheidende niederländische Regierungschef Mark Rutte zu Beginn des Gipfels. Es gehe darum, den nächsten Schritt für ein Land zu ermöglichen, das während eines Krieges, den es auch für die EU führe, extrem hart an Reformen arbeite. [...]

Die Ukraine und das kleine Nachbarland Moldau warten bereits seit längerem auf eine Entscheidung über den Start von Beitrittsverhandlungen. Die EU-Kommission hatte diesen Schritt im November grundsätzlich empfohlen, der Europäische Rat musste aber noch zustimmen. [...]

© <https://www.wiwo.de/politik/europa/europaeische-union-eu-beschliesst-start-von-beitrittsverhandlungen-mit-ukraine-/29559100.html> (31.01.2024).

M2A DAS EU-BEITRITTSVERFAHREN - FAHRPLAN

Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 des EU-Vertrags genannten Werte der EU achtet und fördert, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen. Diese Werte sind im Wesentlichen die Achtung der Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. So steht es in Artikel 49 des EU-Vertrags,

der das Beitrittsverfahren beschreibt. Der Zeitraum zwischen Antragstellung und tatsächlicher Aufnahme in die EU umfasst jedoch meist viele Jahre, nicht selten mehr als ein Jahrzehnt. Strebt ein Land die Mitgliedschaft in der EU an, muss es zunächst einen Beitrittsantrag stellen. Dieser ist an den Rat der

Europäischen Union zu richten. Daraufhin erfolgt eine Prüfung des Beitrittsantrages durch die Europäische Kommission. Diese legt eine Stellungnahme („Avis“) vor. Das Europaparlament muss mit Mehrheit dafür stimmen. Und schließlich braucht es ein einstimmiges Votum der Mitgliedstaaten, damit ein

beitrittswilliges Land tatsächlich zum Beitrittskandidaten wird. Hat ein Land den Kandidatenstatus erreicht, überwacht die Europäische Kommission die Reformfortschritte des Landes. Sind erste ausreichende Fortschritte erzielt, wird die Europäische Kommission Empfehlungen für die Eröffnung der eigentlichen Beitrittsverhandlungen aussprechen. Auch hierüber muss der Rat der EU ein einstimmiges Votum erteilen. In diesen Beitrittsverhandlungen geht es darum, alle Bereiche zu verhandeln, die für eine zukünftige Mitgliedschaft eine

Rolle spielen, so etwa Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Rechtsstaatlichkeit und einige mehr. Erst wenn ein Land die sogenannten „Kopenhagener Kriterien“ erfüllt, kann es in die EU aufgenommen werden:

- Der Beitrittskandidat muss über stabile Institutionen verfügen, die der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sind.
- Er muss über eine Marktwirtschaft verfügen, die in der Lage ist, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten.

- Er muss den gesamten Rechtsbestand der EU, den sogenannten „Acquis Communautaire“, in sein eigenes Recht integrieren. Also alle Richtlinien, Verordnungen, internationale Abkommen, Handelsverträge usw.

Und schließlich muss die EU auch fähig sein zur Aufnahme eines weiteren Mitgliedslandes.

Quelle: <https://osteuropa.lpb-bw.de/eu-beitrittsverfahren> (09.03.2024), bearbeitet.

M2B IM EILTEMPO RICHTUNG EU? BRÜSSELER BERICHT ERFREUT UKRAINE, DPA 08.11.2023

Brüssel (dpa) - Korruption auf höchster Ebene, Defizite bei Rechtsstaatlichkeit und ein zweifelhafter Umgang mit nationalen Minderheiten: Noch Anfang 2022 schien es undenkbar, dass die Ukraine in absehbarer Zeit ein ernstzunehmender Kandidat für den Beitritt zur EU werden kann. Gut 20 Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen das osteuropäische Land ist die Welt eine andere. Nachdem der Ukraine bereits im Juni 2022 der Kandidatenstatus verliehen wurde, legte die EU-Kommission nun am Mittwoch einen mit Spannung erwarteten Bericht zum möglichen Start von EU-Beitrittsverhandlungen vor. [...]

Wie fällt die Bewertung der Experten aus?

Die EU-Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die Ukraine noch nicht alle Reformauflagen vollständig umgesetzt hat - zum Beispiel im Bereich der Korruptionsbekämpfung und des Schutzes nationaler Minderheiten. Dennoch gibt es eine klare Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Aufnahmen von Beitrittsverhandlungen zu beschließen. Von der Leyen erklärte dies am Mittwoch bei einer Pressekonferenz unter anderem damit, dass alle noch ausstehenden Reformen bereits in konkreter Vorbereitung sind.

Spielten auch politische Erwägungen eine Rolle?

Vermutlich schon. Sowohl die EU-Kommission als auch die Regierung in Kiew wollen den mehr als 40 Millionen Ukrainern zeigen, dass sie eine Perspektive ha-

ben, EU-Bürger zu werden - und dass es sich lohnt, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Die positive Empfehlung sei auch ein «ganz klares Signal der Unterstützung» der EU für die Ukraine, sagte von der Leyen zur Vorstellung der Empfehlung.

Wie soll sichergestellt werden, dass die Ukraine die Reformen nach einer positiven Entscheidung der Mitgliedstaaten nicht hinauszögert?

Voraussetzung für das Ansetzen einer ersten Runde von Beitrittsverhandlungen ist nicht nur ein einstimmiger Grundsatzbeschluss für den Start der Gespräche, sondern auch eine Entscheidung über Leitlinien und Grundsätze der Beitrittsverhandlungen. Letztere soll nach Empfehlung der EU-Kommission erst getroffen werden, wenn die Ukraine alle Bedingungen zu 100 Prozent erfüllt hat. [...]

Wann könnte die Ukraine die Reformen umgesetzt haben?

Die Experten der EU-Kommission sind sich sicher, dass mit entsprechendem politischem Willen bereits in den nächsten Monaten Vollzug gemeldet werden könnte. Deswegen soll es spätestens im März eine neue Analyse geben. Denkbar ist allerdings auch, dass es noch Jahre bis zum Start der Beitrittsverhandlungen dauert. [...]

Wie lange dauert es vom Start der Beitrittsgespräche bis zum EU-Beitritt?

Das kann niemand vorhersagen. Die Tür-

kei etwa wurde 1999 EU-Kandidat - und war wohl noch nie weiter von einer Mitgliedschaft entfernt als heute. Theoretisch kann ein Beitrittskandidat auch nie Mitglied werden. Wichtig sind Beitrittsgespräche vor allem für die EU. Sie sichern bei ihnen ab, dass ein Bewerberland alle EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht übernimmt.

Welche Rolle spielt Russlands Krieg auf dem EU-Weg der Ukraine?

Vermutlich eine zweiseitige. Auf der einen Seite hätte die Ukraine ohne den Krieg wohl niemals so schnell den Kandidatenstatus bekommen. Auf der anderen Seite dürfte der Krieg notwendige Anpassungsprozesse erschweren. Zudem gilt es als ausgeschlossen, dass die Ukraine vor Kriegsende EU-Mitglied wird. Denn dann könnte Kiew nach Artikel 42, Absatz 7 des EU-Vertrags militärischen Beistand von anderen EU-Staaten einfordern - die EU wäre offiziell Kriegspartei. [...]

Wo wird im Dezember entschieden, ob die EU-Staaten den Kommissionsempfehlungen folgen?

Die Ukraine hofft, dass die Staats- und Regierungschefs bei ihrem letzten regulären Gipfeltreffen des Jahres in Brüssel zustimmen. Präsident Wolodymyr Selenskyj begrüßte die Kommissions-Empfehlung als «richtigen Schritt». «Unser Land sollte Mitglied der Europäischen Union sein», sagte er - die Ukrainer hätten sich das mit «ihrer Verteidigung der europäischen Werte» verdient. [...]

AUFGABEN:

- 1) Soll die Ukraine in den kommenden Jahren Mitglied der Europäischen Union werden? Formulieren Sie ein Spontanurteil und gleichen Sie es mit dem Urteil anderer ab.
- 2) Erläutern Sie Kriterien, die Sie für eine Mitgliedschaft der Ukraine heranziehen würden.
- 3) Vergleichen Sie Ihre Kriterien mit den Kopenhagener Kriterien (M 2).
- 4) Neben der Ukraine gibt es weitere EU-Beitrittskandidaten (vgl. Grafik). Beurteilen Sie den Stand der Beitrittsbemühungen dieser Staaten anhand der Kopenhagener Kriterien. Recherchieren Sie hierzu aktuelle Daten und Einschätzungen. Erstellen Sie ein Ranking der Staaten.
Vgl. Sie auch die **Hinweise** und konkreten Links in Deutschland & Europa Heft 86 („Europa im Wandel“), S. 46 ff. inkl. Talkshow zum Thema Erweiterung der EU (<https://www.deutschlandundeuropa.de/>).
- 5) „EU-Beitritt der Ukraine – eine Überforderung beider Partner?“ Erörtern Sie diese Frage.



LANDWIRTE IN WUT – DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP) IN DER DISKUSSION

Im Jahr 2022, neuere Zahlen liegen nicht vor, betrug der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Wirtschaftsleistung der Europäischen Union mit 222,6 Milliarden Euro zwar nur 1,4 %. Die gesellschaftliche und politische Bedeutung des Agrarsektors (u. a. Versorgungssicherheit, Landschaftspflege, Freihaltung von Flächen, Tourismus, Entwicklung des ländlichen Raums und der Einfluss als mächtige Lobbygruppe) spiegelt sich darin jedoch nicht wider. Ein Großteil der Agrarpolitik wird nicht durch die nationalen Parlamente oder Regierungen entschieden oder umgesetzt, sondern ist Ergebnis der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU.

M1 ELLA JOYNER: WAS TREIBT EUROPAS BAUERN AUF DIE STRASSE?, DW 13.01.2024

Die Bauernproteste, die schon in anderen europäischen Ländern für politische Turbulenzen sorgten, haben nun auch Deutschland erreicht. In einer landesweiten Aktionswoche wehren sich die Landwirte gegen die geplante Streichung der Steuerbegünstigung für Agrardiesel. Konvois mit Tausenden von Traktoren und LKWs sorgten in den vergangenen Tagen für Verkehrschaos und blockierten mehrere Städte. [...]

Ähnliche Proteste in den Niederlanden waren in den vergangenen Jahren teilweise von Gewalt und gezielten Verletzungen der Privatsphäre von Politikern geprägt und führten zu massiven Behinderungen des Wirtschaftslebens. Die Proteste dort wandten sich gegen geplante Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffemissionen und brachten 2019 sogar eine neue politische Partei hervor, die populistische Bauernprotest-Partei BBB. Auch in Belgien, Spanien und Frankreich gingen die Landwirte auf die Straße, um ihrem Unmut über die Auswirkungen geplanter Umweltschutzmaßnahmen und hoher Kosten Ausdruck zu verleihen. Die Welle erreichte auch Polen und andere osteuropäische Staaten, in denen sich die Proteste überwiegend gegen die Einfuhr billigen Weizens aus der Ukraine richteten.

Jan Douwe van der Ploeg, ein Agrarsoziologe [...], sieht eine wichtige Gemeinsamkeit bei vielen dieser Proteste: die Verteidigung des Status Quo. Ihm zufolge zählen zu den Anliegen häufig „das Recht, die über die Jahre zugestandenen Subventionen beizubehalten und weiterhin fossile Energien oder Pestizide nutzen zu können. Dabei handelt es sich um klare Merkmale einer industrialisierten Landwirtschaft“.

Die europaweiten Proteste der Bauern können jedoch nicht einfach in einen Topf geworfen werden, in jedem Land sind die Auslöser andere. In Deutschland sind es die Subventionen für Agrardiesel, in Spanien die Kürzung von Wasserzuteilungen und in Frankreich die Kosten für Bewässerung und Treibstoff sowie die EU-Agrarpolitik.

Die Preise für Düngemittel und Treibstoff schnellten nach dem Einmarsch Russ-

lands in die Ukraine jedoch europaweit in die Höhe und setzen die Landwirte trotz der stark gestiegenen Lebensmittelpreise in europäischen Supermärkten unter Druck. Im Gespräch mit der DW betont die stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend, Anne-Kathrin Meister, dass die landwirtschaftlichen Erträge einfach nicht mit den steigenden Kosten mithalten könnten. „Die Preise für Maschinen, Pflanzenschutzmittel und Düngemittel sind nie im selben Maß gestiegen wie der Ertrag“, sagt Meister, die während ihrer Jugend viel Zeit auf dem Bauernhof ihrer Großeltern im Norden Bayerns verbrachte, im Gespräch mit der DW.

„Die aktuellen Herausforderungen und die der letzten Jahre sind einfach zu viel auf einmal“, meint sie. Bei den deutschen Protesten läge der Schwerpunkt zwar auf dem Treibstoff und den Fahrzeugen, doch das sei nur „der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat“. Die Landwirtschaft stelle sich nicht grundsätzlich gegen Umwelt-Reformen, benötige jedoch mehr Unterstützung, betont Meister. „Der Landwirt ist der Erste, der davon nega-

tiv betroffen ist, wenn Flora und Fauna schlecht dran sind“, sagt sie und fügt hinzu, dass Umweltmaßnahmen ihren Preis hätten. Doch die Konsumenten müssten auch bereit sein, diesen zu zahlen. [...]

In Brüssel blickt man mit Sorge auf die Unzufriedenheit der Bauern. Dort fürchtet man um die ehrgeizigen Klimaziele, die erst unter der derzeit amtierenden Europäischen Kommission in der Gesetzgebung festgeschrieben wurden. Bis 2050 will die EU ein Gesamtziel von „Netto-Null“-Emissionen erreichen. So soll zum Beispiel der Einsatz von chemischen Pestiziden in der Landwirtschaft bis 2030 um 50 Prozent reduziert werden. Für den Juni sind in der EU Wahlen angesetzt und manch ein EU-Beamter stellt sich die bange Frage, ob diese Pläne noch Bestand haben, sollte das Europäische Parlament nach rechts schwenken. [...]

Greenpeace hält das gegenwärtige System, das Landwirte in Richtung großer, stark industrialisierter Betriebe drängt, für unbrauchbar. Unbeirrt auf dieselbe Art weiterzumachen, löse keine Probleme. Zwischen 2005 und 2020 gaben



© picture alliance/dpa | Christoph Soeder vom 26.01.2024

laut EU 5,3 Millionen - meist kleine - bäuerliche Betriebe auf, sagt Contiero mit Verweis auf die europäische Statistikagentur Eurostat. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche blieb jedoch unverändert. „Ein Drittel aller Land-

wirtschaftsbetriebe in Europa sind also aufgrund finanzieller Probleme einfach verschwunden“, sagt Contiero [Landwirtschaftsexperte im Brüsseler Büro von Greenpeace]. „So zu tun, als bedeute die Verteidigung des gegenwärtigen

Systems die Verteidigung der Bauern, ist eine glatte Lüge.“ [...]

©  <https://www.dw.com/de/was-treibt-europas-bauern-auf-die-stra%C3%9Fe/a-67965942> (06.02.2024).

M2 JOSEF KELNBERGER: WARUM DER GRUND FÜR DIE WUT DER BAUERN IN BRÜSSEL LIEGT, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 11.01.2024

Von Brüssel aus betrachtet ist es sehr angenehm, dass die deutsche Ampelregierung mit einer vergleichsweise Kleinigkeit die Wut der deutschen Landwirtschaft auf sich gezogen hat. Denn eigentlich müssten die Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren die belgische Hauptstadt lahmlegen. Dort wird seit den Anfängen der europäischen Einigung über das Schicksal ihrer Branche entschieden, dort wird die Politik gemacht, die dieser deutschen Wut-Woche zugrunde liegt.

Die „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik“, kurz GAP, sichert durch das Verteilen von vielen Milliarden Euro die Existenz der meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Europa. Zugleich fühlen sich die meisten Landwirte gequält von Brüssel. Denn der Umbau der Landwirtschaft, den die EU mit ihren Reformen vorantreibt, stellt nicht nur das Geschäftsmodell, sondern auch das Selbstverständnis der Menschen in der Landwirtschaft immer wieder aufs neue infrage. Mit Bauernwut, wie sie sich nun in Deutschland Bahn bricht, war jeder Strukturwandel verbunden.

Die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) versuchte mit der Gründung der GAP 1962, die europäische Landwirtschaft vom Weltmarkt abzuschotten und den Betrieben Abnahmepreise zu garantieren. Das endete im Fiasko riesiger Überschüsse, man sprach von „Butterberg“ und „Milchsee“. Und die Ausgaben für die Landwirtschaft erreichten immer neue Rekorde, in den 1980ern betragen sie bis zu 70 Prozent des EWG-Haushalts. Zudem wurde der Druck auf Europa immer größer, sich dem Weltmarkt zu öffnen.

Deshalb leitete man Anfang der 1990er-Jahre den Systemwechsel ein. Immer weniger wurden die Abnahmepreise und immer mehr die Einkommen der Bauern subventioniert. Im Jahr 2000 kam als zweite Säule der Brüsseler Agrarhilfen die „Förderung des ländlichen Raums“ hinzu.

Aus dem Topf werden strukturschwache Gebiete aufgepöppelt.

Nach wie vor ist die GAP eine gigantische Geldverteilungsmaschine. 386,6 Milliarden Euro und damit mehr als ein Drittel ihres Haushalts der Jahre 2021 bis 2027 wendet die Europäische Union für die Landwirtschaft auf. Es ist der zweitgrößte Posten im EU-Haushalt, und als in der EU vor Weihnachten nach Einsparpotenzialen gesucht wurde, um die Ukraine-Hilfen zu finanzieren, kam niemand auf die Idee, daran zu rühren. Die Wut der Landwirtschaft fürchtet man überall.

Mit 95,5 der Milliarden Euro wird im aktuellen Haushalt die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert, die restlichen 291,1 Milliarden gehen direkt an die Landwirte. Deutschland ist hinter Frankreich und Spanien der drittgrößte Profiteur dieser Geldverteilungsmaschine, knapp sieben GAP-Milliarden fließen jedes Jahr aus Brüssel nach Berlin. Zum Größenvergleich: Auf rund zwei Milliarden belaufen sich die nationalen deutschen Subventionen, darunter fallen die Vergünstigungen für Agrardiesel, die nun Zug um Zug entfallen sollen. Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.

Bis zu 50 Prozent des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte stammen Schätzungen zufolge aus Brüssel. Die Direktzahlungen sind im Prinzip nach wie vor abhängig von der Größe des Betriebs. Der bäuerliche Familienbetrieb gilt zwar weiterhin als Leitbild der GAP, aber immer mehr kleine Betriebe müssen aufgeben. Allerdings sind die direkten Zahlungen im Laufe der Jahre immer mehr an ökologische Leistungen gekoppelt worden - etwa an Flächenstilllegungen oder das Anlegen von Blühstreifen oder Altgrasflächen.

So will die EU die Biodiversität fördern, die Klimakatastrophe bremsen und damit die natürlichen Existenzgrundlagen der Land-

wirtschaft erhalten. Viele Landwirte sprechen dagegen von Regulierungswut und Bürokratisierungswahn, zum Feindbild aufgebaut wird: angebliche grüne Ideologie. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Agrarpolitik gerade. [...]

Weil absehbar war, dass die EU mit der aktuellen GAP ihre Umwelt- und Klimaziele nicht erreichen wird, schob die Kommission einen Strategieplan namens „Farm to Fork“ nach. Die Ziele bis 2030: 50 Prozent weniger Pestizide, 50 Prozent weniger Antibiotika, 25 Prozent weniger Düngemittel, Ökoland-Anteil von 25 Prozent aller Flächen. „Farm to Fork“ ist ein Kern des Grünen Deals, Markenzeichen der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Als „Strategie“ klang das auch verlockend. In der Umsetzung kam es in den vergangenen Monaten jedoch zum Kulturkampf in Brüssel.

Die Europäische Volkspartei, der CDU und CSU angehören, hat das Pestizidgebot so lange bekämpft, bis es im Chaos einer Parlamentsabstimmung unterging. Ein Renaturierungsgesetz, das zum Beispiel die Wiedervernässung von Mooren vorsah, kam mühevoll ans Ziel, gestrichen wurden so gut wie alle Anforderungen an die Landwirtschaft. [...]

Das alles sei ein Sieg der aggressiven Agrarlobby und der Großkonzerne, die sich an der traditionellen Landwirtschaft dumm und dämlich verdienen, schimpfen Linke und Grüne. Die EVP nimmt für sich in Anspruch, die Landwirtschaft vor ökologischer Verbohrtheit zu schützen. Nun hat die Ampel mit einer - vergleichsweise - Kleinigkeit einen Aufstand entfacht, dessen politische Folgen sich auch im Ergebnis der Europawahlen im Juni 2024 niederschlagen dürften. Brüssel wird nicht verschont bleiben vor der Bauernwut.

© <https://www.sueddeutsche.de/politik/bauern-eu-agrarpolitik-klimapolitik-gruene-proteste-1.6331286> (06.02.2024).

AUFGABEN:

- 1) Erläutern Sie die Aussage der protestierenden Landwirte auf dem Bild.
- 2) Stellen Sie anhand von M 1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ursachen der europaweiten Bauernproteste dar.
- 3) Charakterisieren Sie mithilfe von M 2 die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union.
- 4) Die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe sind in der Regel abhängig von der Größe des Betriebs. Erörtern Sie, ob dieser Ansatz den Zielen der GAP gerecht wird.
- 5) Die Landwirtschaft trägt nur 1,4 % zur Wirtschaftsleistung der EU bei, dennoch haben die Bauernproteste politisch immer wieder Erfolg. Beurteilen Sie anhand der Materialien die Bedeutung der Landwirtschaft für die Europäische Union.

EU-MIGRATIONSPOLITIK – ZWISCHEN ABSCHOTTUNG UND ZUWANDERUNG

Die Europäische Union ist Ziel auch von Menschen aus Afrika und Asien, die vor wirtschaftlicher Not, kriegerischen Auseinandersetzungen und politischer Verfolgung flüchten. Dabei schlagen viele von ihnen die Route über die Türkei, Griechenland und den Westbalkan, andere die westliche Route über Marokko nach Spanien ein. Nicht wenige versuchen auch, meist von professionellen Schleppern vermittelt, den Weg über das Mittelmeer von Libyen und Tunesien aus nach Italien.

M1 SZENE IM MITTELMEER



Ein Boot der italienischen Küstenwache befördert Migranten in der Nähe der süditalienischen Insel Lampedusa, während Touristen dies interessiert beobachten. 18. September 2023

© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Cecilia Fabiano

M2 DIE DUBLIN-II-VERORDNUNG

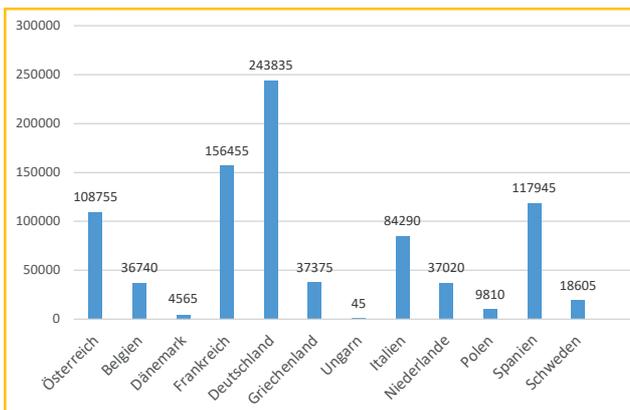
Die Verordnung regelt kurz gesagt, dass derjenige EU-Mitgliedstaat für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig ist, in dem die Geflüchteten zuerst das Hoheitsgebiet der Europäischen Union betreten. Der zuständige Mitgliedstaat muss den

Asylbewerber aufnehmen und den Antrag bearbeiten. Ausnahmen bilden unter anderem das Prinzip der Familienzusammenführung, insbesondere bei unbegleiteten Minderjährigen. Die Verordnung, die seit 2003 in Kraft ist, führt dazu, dass ins-

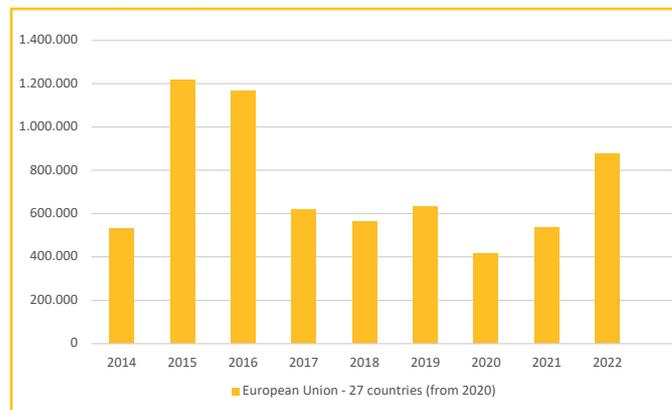
besondere Staaten wie Italien oder Griechenland in hohem Maße Geflüchtete versorgen und deren Anträge bearbeiten müssen.

© Autorentext

M3A ASYLANTRÄGE NACH AUSGEWÄHLTEN STAATEN 2023



M3B ANZAHL DER ASYLANTRÄGE IN DER EU 2014 - 2022



Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/asylum-applications-eu/> (02.02.2024), eigene Darstellung.



Die EU hat eine Reform des Asylrechts auf den Weg gebracht. Sie verschärft die Gangart gegenüber Migranten und Flüchtlingen deutlich. Was beschlossen wurde und wo die Schwachpunkte liegen. [...]

Ein Scheitern der Verhandlungen, darin waren sich alle Beteiligten mit Ausnahme der rechten und linken Fraktionen im EU-Parlament einig, wäre ein verheerendes Signal gewesen – kurz vor der Europawahl im Juni 2024. Die extreme Rechte, ohnehin in Deutschland und anderen EU-Ländern auf dem Vormarsch, hätte von einem solchen Desaster massiv profitiert, so die Befürchtung.

Diese Gefahr ist nun abgewendet, glaubt man den Befürwortern der Reform. Am Ende galt die Devise: Hauptsache ein Deal, auch wenn das sonst so selbstbewusste Parlament den Vorschlag der EU-Staaten nur noch in Nuancen abändern konnte.

In Zukunft soll Folgendes gelten:

- Die Verantwortung für das Asylverfahren bleibt grundsätzlich bei dem EU-Land, in dem ein Migrant zuerst ankommt. Allerdings soll ein Solidaritätsmechanismus besonders betroffene Länder wie Italien oder Griechenland entlasten. Er sieht die Umverteilung von bis zu 30.000 Migranten pro Jahr vor. Staaten, die niemanden aufnehmen wollen, können 20.000 Euro pro Migrant zahlen – aber nicht unbedingt an andere EU-Staaten. Sie können stattdessen beispielsweise auch Projekte in Ländern außerhalb der EU fördern.
- Für Migranten mit geringen Chancen auf Asyl soll es Asylverfahren direkt an den Außengrenzen der EU geben. Menschen aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent im EU-Durchschnitt – etwa aus Marokko, Tunesien oder Georgien – landen zwingend in diesen Grenzverfahren. [...] Die Mitgliedsländer sollen zunächst 30.000 Plätze in Grenzlagern schaffen, nach vier Jahren sollen es 120.000 sein. Dort müssen Asylbewerber bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen

auf ihren Asylbescheid warten. Dies soll sie an der unkontrollierten Weiterreise etwa nach Deutschland hindern.

- Diese Sekundärmigration soll auch durch andere Maßnahmen erschwert werden. Wer sich nicht im zuständigen Mitgliedstaat aufhält, soll keine Sozialleistungen, Sprachkurse, Arbeitsrecht oder Unterbringung bekommen.
- EU-Staaten können Asylbewerber in sichere Drittstaaten wie Tunesien oder Albanien abschieben – auch wenn dort Menschenrechtsverstöße an der Tagesordnung sind, wie Flüchtlingsorganisationen kritisieren. Eine einheitliche EU-Liste sicherer Drittstaaten gibt es vorerst aber nicht. Jeder Mitgliedstaat bestimmt selbst, was er als sicheren Drittstaat ansieht. [...]
- Die Erfassung der Migranten soll deutlich verbessert werden. Derzeit kommen zahlreiche Menschen unregistriert nach Deutschland, obwohl dies schon laut jetzt geltenden Regeln nicht der Fall sein sollte. Mit der Reform soll der Druck auf Grenzländer wie Griechenland oder Italien erhöht werden, die Identität direkt bei der ersten Einreise in die EU zu erfassen. [...]

sich die Hoheit über Asyl und Migration zurück«, lobte Lena Düpont (CDU), migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament. Ihr FDP-Kollege Jan-Christoph Oetjen sprach von einem »großen Erfolg«, der »endlich Ordnung in die Migrationsströme bringen« werde.

Genau das aber bezweifeln zahlreiche Kritiker, sowohl in den Fraktionen links der Mitte als auch außerhalb der Politik. Der Versuch, mit Verschärfungen des Asylrechts Menschen von der Flucht nach Europa abzuschrecken, sei schon in der Vergangenheit gescheitert, sagte Erik Marquardt, migrationspolitischer Sprecher der Grünenfraktion im Europaparlament. »Uns droht nun mehr irreguläre Migration und eine Desintegrationskultur gegenüber Schutzsuchenden.« Die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Bünger sprach vom »massivsten Angriff auf das individuelle Recht auf Asyl, den es in der EU je gegeben hat.« [...]

Ein zentrales Problem der Migrationsfrage geht der Kompromiss zudem nur am Rande an: die überschaubare Bereitschaft von Drittländern, von der EU abgeschobene Asylbewerber wieder aufzunehmen. Entsprechende Abkommen zu schließen, hat

sich in der Vergangenheit als schwierig bis unmöglich erwiesen. Ob die Reform wie erhofft den Rechtspopulisten rechtzeitig zur Europawahl im Juni etwas Wind aus den Segeln nimmt, ist auch noch aus einem anderen Grund fraglich – denn bis sie wirkt, dürften noch viele Monate ins Land gehen. [...]

Manche Länder, so steht zu befürchten, könnten sich den neuen Regeln auch komplett verweigern – allen voran Ungarn, das bei der Einigung im EU-Rat im Juni überstimmt wurde. »Wir werden niemanden gegen unseren Willen einreisen lassen«, tönte Außenminister Péter Szijjártó am Mittwoch. »Niemand aus Brüssel oder sonst

woher kann uns sagen, wen wir hereinlassen, und wir weigern uns aufs Schärfste, dafür bestraft zu werden.« [...]

© <https://www.spiegel.de/politik/hauptsache-ein-deal-analyse-zur-reform-des-eu-asylsystems-geas-a-1d7b0f4b-94a5-4672-a304-d0b2c135e9ae> (02.02.2024).



© Gerhard Mester 2020

Nach der Einigung auf diese Regeln herrschte an großen Worten kein Mangel. Die EU habe sich als fähig erwiesen, »große Antworten auf große Herausforderungen zu finden«, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Von einem »wirklich historischen Tag« schwärmte Parlamentspräsidentin Roberta Metsola. »Europa holt

AUFGABEN:

- 1) Stellen Sie die Gegensätze dar, die in M 1 zum Ausdruck kommen.
- 2) Charakterisieren Sie mithilfe von M 2 bis M 4 die Herausforderungen, die sich durch die Migration in die Europäische Union ergeben.
- 3) Erläutern Sie ausgehend von M 2 bis M 4 die unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Ungarn und Italien.
- 4) Bewerten Sie die in M 4 dargestellte EU-Asylreform.
- 5) Überprüfen Sie die Aussage der Karikatur anhand der vorliegenden Materialien.

Autor der Ausgabe:

Wolfram Willfahrt (ZSL)

Chefredaktion:

Ralf Engel (ralf.engel@lpb.bwl.de)

Redaktionsassistenz:

Sylvia Rösch (sylvia.roesch@lpb.bwl.de),
Claudia Kornau (Claudia.Kornau@lpb.bwl.de)

Anschrift der Redaktion:

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-45

Gestaltung Innenteil:

PMGi Agentur für Medien GmbH, Hamm, pmgi.de

Druck:

W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart

Titelfoto: © European Union 2023 - Source: EP

Das Euroscola-Programm in Straßburg bringt Schüler aus ganz Europa zusammen, um die europäische parlamentarische Demokratie praktisch zu erleben.

Auflage dieses Heftes: 13.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 19.02.2024

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite www.deutschlandundeuropa.de